

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Siller, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 2 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorge-druckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten **sofort** zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahler haben **altestatutarischen Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Aus-kunfts- und der Reisekarte usw. keine **Unterstützungen auszuzahlen**.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis ange-gewiesenen Zeit durch die dort verzeich-neten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungs-mitglieder in den Geschäften ist unbeding-t zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

Lohnbewegungen.

Köln a. Rh. In der Firma Heiß & Co. wurde nach achttägiger Bewegung die Arbeitszeit für Lithographen von 8 1/2 auf 8 Stunden verkürzt. Beteiligt waren an der Bewegung 12 Lithographen und 4 Steindruckere.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitglied-schaft** nach sich.

Für Lithographen, Steindrucker usw.:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann. Angerer (für Kupferdrucker).

Borsdorf bei Leipzig. Firma Alexander Schumann, Inh. Gräbner (für Wachstuchdrucker).

Bramsche (für Formstecher und Tapetendrucker).

Frankfurt a. M. Heß & Janke (für alle Berufe.)

Kattowitz. Jermulowic & Bergmann in Losnowice, Russ.-Polen.

Köln a. Rh. Blechemballagefabrik Pepsy & Waldhausen.

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölischer & Breimer (für Tapetendrucker).

Lüneburg. (Für Tapetendrucker).

Metz. W. Leininger Nachf. Franken-berger.

Für Chemigraphen:

Berlin. Huch & Co.

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Erfurt. Ohlenrot'sche Buchdruckerei.

Hamburg. Nelles & Komp.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Oebr. Rößle.

Im Ausland:

Belgien. Brügés: Fa. La Lithographie Artistique, Deseclée De Brouver Cie.

Brüssel: Firma Rissel & Co. (für Formstecher).

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.).

Bibow: A. Jakobsen - Kopenhagen (Chem.).

Frankreich. Lille und alle nördlichen Bezirke wegen Streik um die 9 stündige Arbeitszeit.

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Graz. Lemberg. Krakau. Firma Zorza.

Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs-tuch- und Linoleumdruckerei.

Rußland. Grodno: Vor Stellung-an-nahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Stettin, Heinrichstr. 41, II.

Schweden wegen Generalaussperrung und -Streik.

Schweiz, für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs.

Basel: Firma Manissadjan & Cie. (für alle Berufe).

Zürich: Art. Inst. Orell Fübli (für alle Berufe).

Die Mitgliedschaft Coburg

hat sich infolge Konkurses der Coburger Firma aufgelöst. **Vertrauensmann** für die Einzelmittglieder in Coburg, Sonneberg und Hilburghausen ist Kollege **Leonhard Christlieb, Coburg, Rodacher-straße 25,** Auskunftserteiler für alle Berufe **Ernst Herbst, Leipzig, Zeitzer-straße 32.** Unterstützungen aller Art werden in Coburg nicht mehr ausge-zahlt.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tarifreuen Anstalten ist nachzutragen die Firma: **Kirstein & Co., Leipzig.**

Die Firmen **Deutscher Verlag, G. m. b. H. Berlin** und **H. M. Hauschild-Bremen** sind wegen Aufgabe ihrer chemigraphischen Abteilungen aus der Liste der tarifreuen Anstalten zu streichen.

Berlin, 11. Oktober 1909.

Georg W. Blixenstein, Prinzipal-Vors. Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Hansabund und die Arbeiter. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Die Jugendbewegung und die Gewerkschaften, II. Wirkungen der Tabaksteuer, II. Briefkasten. — **Allgemeines:** Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Ortsberichte: Coburg. — **Der Lithograph:** Austauschlithographen. Eine humane Firma. — **Der Steindrucker:** Richtigstellung. — **Die photomech. Fächer:** Die Preiskonvention im Chemigraphie-gewerbe, II. — Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — **Die Tapetenbranche:** »Tiag«-Manöver. Aus den Sektionen: Bramsche, Braunschweig, Leipzig-Zween-furth. — **Feuilleton:** Nach Amerika. Eingänge. — **Abrechnung vom 1. Quartal 1909.** — Vermischtes. — **Anzeigen.** — Adressen-Verzeichnis.

Der Hansabund und die Arbeiter.

Am Sonnabend, den 12. Juni fand in Berlin im Zirkus Schumann eine Versammlung der Vertreter der Industrie und des Handelsgewerbes, der Banken und der Handelsangestellten statt, die in erster Linie sich gegen die von den Agrariern vorge-schlagenen neuen Reichsteuern wendete. Es waren angeblich 6000 Personen in der Versammlung an-wesend. Man sprach über die politische Lage im Reich und in Preußen, über die Finanzreform, redete viel vom Uebermut der Junker, beschwor den ruhm-vollen Schatten der alten deutschen Hansa herauf, gebärdete sich sehr radikal gegen die Regierung und huldigte dem Kaiser als den »Schirmherrn freier Bewegung und Gleichberechtigung aller Stände und Berufe.« Dann gründete man den neuen »Hansabund«. Seine Gründer hoffen damit einen Wende-punkt im Leben der bürgerlichen Parteibewegung geschaffen zu haben!

Mit diesen Sätzen benachrichtigten wir in der Rundschau von No. 26 unsere Kollegen-schaft von der Begründung einer wirtschaftlich-politischen Organisation, die voll von Hoff-nungen und Plänen und mit großen Rosinen im Sack in's Leben getreten war. Sie wurde

geboren aus der spontanen Empörung, von der auch weite Kreise des deutschen Bürgertums trotz seiner fast sprichwörtlich gewordenen Schafsgeduld angesichts der Entwicklung der sogenannten Reichsfinanz-»Reform« ergriffen worden waren. An sich hätte schließlich das Bürgertum gegen die Schröpfung der Massen durch indirekte Verbrauchssteuern nichts einzu-wenden gehabt, wie die Bereitwilligkeit aller bürgerlichen Reichstagsfraktionen zur Bewilligung von mindestens 400 Millionen Mark durch in-direkte Besteuerung des Volkes beweist. Aber viele von den vorgeschlagenen indirekten Steuern ließen einen starken Rückgang des Verbrauchs der besteuerten Artikel und damit eine schwere Gefährdung der betreffenden Industrien befürchten, durch die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kapitalistischen Unternehmer in Mitleidenschaft gezogen werden konnten. Dem Profit, dem Geldbeutel drohte Gefahr! Und diese Tatsache war es, die den schier un-zerreißbaren Geduldsfaden des deutschen Spießers gegenüber allen politischen Begebenheiten doch zum Platzen brachte, das Bürgertum aufpeitschte und seine neue wirtschaftlich-politische Organi-sation, den Hansabund, gearb.

Die Gründung war, wie das »Deutsche Stein-druckgewerbe« in seiner No. 13 dieses Jahr-ganges schrieb, gegen die agrarisch gesinnten Kreise des deutschen Reichstages« gerichtet. Sie sollte ein wirksames Gegenwicht zum »Bund der Landwirte« bilden, der bekanntlich in der skrupellosesten Weise junkerlich-agrarische Inter-essenpolitik treibt. Man erblickte in der Grün-dungsversammlung die »Geburtsstätte eines

neuen Schutz- und Trutzbündnisses von Handel, Industrie und Gewerbe«, zur »Politisierung des Bürgertums«, und als Hauptaufgabe des Hansa-bundes bezeichnete demgemäß der Vorsitzende der Gründungsversammlung, »bei den Vorbe-beritungen der Wahlen zum Reichstage und zu den Landtagen der Einzelstaaten für die Wahl solcher Kandidaten einzutreten, welche jeder Schädigung und einseitigen Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe entgegenzutreten entschlossen sind.«

Eine politische Organisation des Unter-nehmertums in Industrie, Handel und Gewerbe, gerichtet gegen die politische Organisation des landwirtschaftlichen Unternehmertums, sollte also der Hansabund ursprünglich sein. Um sich aber auch auf Massen stützen zu können, suchte man die Bank- und Handelsangestellten für die Bewegung zu ködern, indem man ihnen vorredete und mit patriotischem Phrasengeklingel begreiflich zu machen versuchte, daß in der angestellten Wahrung der Interessen von Indu-strie, Handel und Gewerbe die Vertretung der Interessen der Angestellten »naturgemäß« inbe-griffen sei. An die Arbeiterschaft wandte man sich nicht; wahrscheinlich versprach man sich von vornherein keinen Erfolg. Man weiß eben, daß man der politisch weit besser geschulten Arbeiterschaft nicht mit denselben Interessen-gemeinschaftsmätzchen kommen darf, die in der Mehrheit des politisch indifferenten Angestellten-tums noch gläubige Ohren finden. In diesen naiven Leuten hatte man sich denn auch nicht getäuscht! Sie bildeten den dekorativen Füllsel in der Gründungsversammlung und

traten anscheinend auch zahlreich dem Hansabund bei, in vielen Fällen allerdings mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, denn das Unternehmertum ließ es an dem bekannten »sanften Druck« in keiner Weise fehlen.

Wer aber aus den Reihen der Angestellten in heiliger Einfalt gegenüber allen ersten politischen Fragen, unter dem Einfluß der patriotischen Phrase und im Vertrauen auf die famose Interessengemeinschaft freiwillig dem Hansabund beitrug, der wird jetzt Gelegenheit haben, sich über die Harmonie der Unternehmer- und Angestellteninteressen, wie sie der Hansabund versteht, seine besonderen Gedanken zu machen. Und zwar wird er dazu in erster Linie veranlaßt werden durch die Stellung, die der Hansabund allen sozialpolitischen Aufgaben gegenüber einnimmt.

Diese offenbart sich am deutlichsten aus dem ersten Flugblatt über »Das Wesen des Hansabundes«, das der Vorsitzende der Organisation, der Geheime Justizrat Professor Dr. Rießer, vor einigen Wochen der Öffentlichkeit übergab. Nach diesem Flugblatt denkt der Hansabund gar nicht daran, die *Vertretung wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Sonderinteressen oder Sonderforderungen der in ihm vereinigten Erwerbsgruppen zu übernehmen*. Er würde es keinesfalls auch nur versuchen, *beispielsweise die sozialpolitischen Sonderforderungen der Handlungsgehilfen gegen die Prinzipale zu vertreten*. Diese Sonderforderungen verlangen bekanntlich einen weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung zugunsten der Angestellten. Dem Unternehmertum ist aber dieser Ausbau durchaus zuwider, weil es durch ihn eine Beschränkung seines Profits befürchtet, weshalb es gegen jeden kleinen Fortschritt in der Sozialpolitik mit allen Mitteln krakehlt. Es möchte am liebsten die sozialpolitische Gesetzgebung zurückverviduieren. Die diesbezüglichen Interessen der Unternehmer und der Angestellten stehen sich also diametral gegenüber. Nun spricht aber Rießers Flugblatt nicht davon, daß es beispielsweise auch die sozialpolitischen Sonderforderungen der Unternehmer gegen die Angestellten zu vertreten »keinesfalls auch nur versuchen« würde, was jedenfalls tief blicken läßt!

Angesichts dieses klaffenden Gegensatzes zwischen den Interessen der Unternehmer und der Angestellten auf sozialpolitischem Gebiet, dem sich noch tiefere Gegensätze wirtschaftlichen Charakters hinzugesellen, reizt es fast zum Lachen, wenn trotzdem der Hansabund »alle Zweige des erwerbstätigen Bürgertums« auf politischem Boden zu einheitlichem Handeln zusammenführen will. Sollte es den Machern im Hansabund noch nicht klar geworden sein, daß sich die politische Parteienkonstellation eines Staates nur auf dessen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbaut? Da wir an eine derartige grenzenlose Naivität beim besten Willen nicht glauben können, müssen wir die Manöver des Hansabundes als nichts anderes wie als Roßtäuscherkunststückchen bezeichnen, die darauf berechnet sind, die Angestellten zu ködern, ohne das Unternehmertum vor den Kopf zu stoßen. Der politisch aufgeklärte Angestellte durchschaut dieses Spiel!

Noch klarer wie in dem erwähnten Flugblatt kommt es in den »Richtlinien für die nächste Tätigkeit des Hansabundes« zum Ausdruck, die sein Präsidium und sein Direktorium in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4. Oktober einstimmig beschlossen haben. Man könnte fast meinen, daß die Herren, die daran mitarbeiteten, selbst noch nicht wissen, was sie wollen, so widerspruchsvoll sind ihre Pläne. Da betont man mit Eifer, »daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage auch seiner Wirtschaftspolitik bildet; man hütet sich aber, diesen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände auch auf politischem Gebiet geltend zu machen und z. B.

das gleiche Wahlrecht in Preußen zu fördern, trotzdem diese Gleichberechtigung die Vorbedingung für die weiteren Forderungen des Hansabundes wäre. Dann wird energisch die Notwendigkeit einer gesunden Exportpolitik durch den Abschluß von Handelsverträgen betont; wie man aber zur Erfüllung dieser Forderung gelangen will, darüber schweigt man sich aus. Ferner will man, wahrscheinlich um den unangenehmen Eindruck der im vorhin erwähnten Flugblatt niedergelegten Haltung zur Sozialpolitik auf die Angestellten zu verwischen, auf die »Sicherstellung der Zukunft aller Arbeitnehmer und auf Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit« durch die sozialpolitische Gesetzgebung hinarbeiten; gleichzeitig soll aber dafür gesorgt werden, daß die Kostenlast für das Unternehmertum nicht steigt. Der krassste Widerspruch liegt aber darin, daß man ein durchaus politisches Programm aufstellt, dessen Durchführung man durch entsprechende Beeinflussung der Wahlen zu den Parlamenten erreichen will, während man auf der anderen Seite den »neutralen Charakter« des Hansabundes, der den Anhängern der verschiedensten politischen Richtungen die Mitgliedschaft ermöglichte, mit aller Schärfe hervorhebt.

Alle diese krassen Widersprüche scheinen die Annahme zu bestätigen, daß sich die Macher im Hansabund selbst über seine Aufgaben und Ziele noch nicht klar sind. Aber diese Annahme wird hinfällig, wenn man in Betracht zieht, daß es sich dabei um ganz geriebene Geschäftsleute handelt. Daher geht man wohl nicht fehl, wenn man auch das Programm des Hansabundes als ein Produkt geschäftlicher Geriebenheit betrachtet. Allerweltsprüche werden geäußert, um Reklame zu machen und alle Welt zu gewinnen! Die wahren Absichten werden nach Möglichkeit verschleiert. Damit kann man vielleicht heute noch das Gros der Angestellten usw. ködern, um sie vor den Wagen des Unternehmertums zu spannen, aber gegenüber der großen Masse der Arbeiterschaft wird das heiße Liebeswerben erfolglos sein. Das Proletariat läßt sich nicht für die durchaus eigennützigen Wünsche und Pläne der im Hansabund den Ton angebenden großen Handelsherren und Industriegewaltigen, die es durchschaut, ausnützen. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie sich aus eigener Kraft durchringen muß, weil von ihren wirtschaftlichen Gegnern trotz aller gleichförmigen Redensarten nichts anderes als Verrat zu erwarten ist. Die weitere Entwicklung des Hansabundes wird dazu beitragen, daß diese Erkenntnis eher oder später auch in den Köpfen der Angestellten dämmert.

Rundschau.

Ein Preisausschreiben für fotogr. Aufnahmen von guter künstlerischer Gesamtwirkung, das der Berliner Bildungsausschuß der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe veranstaltet hat, wurde in No. 35, Seite 303 unseres Blattes bekanntgegeben. Zu dieser Veröffentlichung ist nachzutragen, daß das Preisrichter-Kollegium aus den Herren Rudolf Dührkoop, Photograph in Berlin, Ernst Schur, Kunstkritiker in Großlichterfelde, und Wilhelm Landa, Mitglied des Bildungsausschusses in Berlin zusammengesetzt ist. Wir wollen hoffen, daß das Preisausschreiben aus den Reihen aller Verbandsmitglieder rege Beteiligung findet.

Die Tarifverhandlungen im Notenstecher-Gewerbe sind nun zum Abschlusse gelangt, jedoch ohne die Gehilfenschaft zu befriedigen. Die Prinzipale haben eine Tarifdauer bis Ende März 1912 beantragt, was aber, wie die Annahme des Tarifs überhaupt, noch einer Abstimmung der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Notenstecherverbandes unterliegt.

Eine Tarifabmachung durch Losentscheid wurde nach einem Berichte der »Münchener Post« kürzlich an einem Bezirksamt einer südbayrischen Stadt abgeschlossen. Es handelte sich um Beilegung einer bereits mehrere Wochen dauernden Schreiner-aussperrung. Volle zwei Stunden wogte bereits das Wortgefecht hinüber und herüber. Ueber den letzten Streitpunkt, die Festsetzung des Mindestlohnes, drohte die ganze Verhandlung zu scheitern. Die Meister wollten nicht über 37 Pfennig die Stunde hinausgehen, der Gehilfenvertreter aber forderte kategorisch 38 Pfennig. Der Herr Assessor war wütend über solche Starrköpfigkeit. Da kam

ihm ein rettender Gedanke. Da die Meister stets erklärten, sie vertreten eine gerechte Sache, die Gehilfen seien im Unrecht, sollte da nicht das Los entscheiden können? Die Meister waren sofort damit einverstanden, während der Gehilfenvertreter bemerkte, das ginge denn doch nicht an. Die Siegeszuversicht der Meister stieg dagegen um so höher. Flugs wurden Zettel zurecht gemacht. Ein Streikender zog das Los, und zum Schrecken der armen Meister verkündete darauf der Assessor: der Mindestlohn muß 38 Pfennig pro Stunde betragen. Die gerechte Sache hat gesiegt, die Gehilfen waren damit zufrieden. Brummend meinte ein alter Meister beim Unterzeichnen des Vertrages: »Dös is aber do koa Gerechtigkeit nimma!«

Arbeiterferien werden bisher nur in wenigen Gewerben gewährt, in denen sich aber auch nur ein kleiner Teil der Arbeiter dieses Vorteiles erfreut. Kurzsichtiger Unternehmerstandpunkt kann sich nur selten dazu aufschwingen, den Arbeitern einige Tage der Erholung im Sommer zu gönnen, um ihnen, die in täglicher, harter Fron jahrein, jahraus arbeiten müssen, Gelegenheit zu geben, sich körperlich und geistig zu erholen. Vielfach sind die von einer Firma bewilligten Ferien auch von so kurzer Dauer, daß sie den eigentlichen Zweck nicht erfüllen können. Um so erfreulicher ist es, daß es in einem Gewerbe, und zwar im Brauereigewerbe, dem gewerkschaftlichen Verbands im Laufe der Jahre nicht nur gelungen ist, dem Erholungsurlaub für die Berufsarbeiter eine ausgedehnte Verbreitung zu verschaffen, sondern sie kommen ihn auch tariflich festlegen. Der Erholungsurlaub ist in der Regel nach dem Dienstalter steigend und beträgt 2 bis 8, teilweise vierzehn Tage bei Bezahlung des vollen Lohnes. Bis zum Jahre 1908 (einschließlich) war ein solcher Erholungsurlaub für 30504 Personen tariflich festgelegt. Bemerkenswert ist, daß in einer größeren Brauerei in Hannover bei einwöchentlichem Urlaub neben der vollen Bezahlung des Lohnes noch ein Zuschuß von 15 Mk. pro Person gezahlt wird, und zwar partizipieren daran die gesamten Arbeiter des Betriebes. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Einrichtungen bald allgemein eingeführt würden. Doch damit dürfte es noch eine Weile dauern.

Eine Arbeiter-Dilettanten-Kunstaustellung findet im Januar 1910 im Berliner Gewerkschaftshause statt. Alle diejenigen, die in ihren Musestunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Holz usw. verfertigt haben, werden von dem Veranstalter der Ausstellung, Herrn Adolf Leventstein, Berlin W. 30, Neue Winterfeldstraße 36, dringend gebeten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Der Schluß der Annahme von Ausstellungsobjekten ist auf den 5. November d. J. festgesetzt. Irgendwelche Kosten erwachsen den Ausstellern nicht.

Von den unglücklichen Opfern der Raddokkatastrophe sind jetzt nach Jahresfrist erst etwa 92 Leichen geborgen. Genau dreihundert befanden sich zu Anfang dieses Jahres noch im Schacht, als mit den Bergungsarbeiten begonnen werden konnte. In den freigelegten Teilen der Zeche ist bis zur zweiten Sohle die Kohlenförderung wieder im Gange.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Bielefeld entfielen von insgesamt 5893 abgegebenen Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften 5315, auf die Liste der Christlichen 578. Die freien Gewerkschaften erhalten demnach 9 und die Christlichen 1 Beisitzer.

Einen prächtigen Wahlsieg in Sachsen-Meiningen errang die Arbeiterschaft bei den Anfang Oktober abgehaltenen Landtagswahlen. Im ersten Wahlgange wurden 9 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche gewählt! Der Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie ist ganz enorm. Drei Stichwahlen müssen stattfinden, an denen ein Sozialdemokrat beteiligt ist. Im letzten Landtage saßen 7 Sozialdemokraten. Der Meiningsche Landtag zählt 24 Abgeordnete, von denen 16 durch allgemeine Wahlen, 4 durch die Großgrundbesitzer und 4 durch die Höchstbesteuerten zu wählen sind. Von den 16 Sitzen, die durch allgemeine Wahlen besetzt werden, wurden also von den Sozialdemokraten im ersten Anhieb 9 gewonnen. Beständen die Mandate der Privilegierten nicht, so hätte die Sozialdemokratie die Mehrheit im Landtage.

Der Prozentsatz der organisierten Arbeiter zu der gewerblichen Arbeiterschaft überhaupt beträgt in Dänemark 58, Schweden 43, Finnland 29, Ungarn 28, England 22, Deutschland 22, Oesterreich 20, Schweiz 19, Norwegen 17, Italien 8 Prozent. Ohne dieses starke Organisationsverhältnis in Schweden wäre ein Streik im Umfange des noch schwebenden dort wohl überhaupt nicht möglich gewesen. Es bedarf noch angestrengter Aufklärungs- und Werbearbeit, um in Deutschland die Zahl der Organisierten auf einen ähnlichen Satz zu heben, wie ihn die dänische und schwedische Arbeiterschaft bereits erreichte.

Der Kampf in Schweden, der große Teile der schwedischen Industrie zu untergeben droht, nimmt in unheimlicher Stille seinen Fortgang. Fast 100000 organisierte Kerntruppen der Arbeiterschaft stehen noch im Streik. Freilich bröckelt die Zahl, obwohl die schwedischen Hausbesitzer trotz der Einwirkungsversuche der Unternehmerverbände die Miete schuldenden Arbeiter zum 1. Oktober nicht auf die Straße zu setzen für gut befunden, sondern

es den Industriellen allein überlassen haben, die Werkwohnungen den streikenden Arbeitern zu entziehen, ständig ab, da auf Anregung der Landesorganisation zahlreiche Arbeiter außerhalb der umstrittenen Industriezweige sich neue Arbeitsstellen suchen. So dürfte der Kampf zwar allmählich an Umfang verlieren, aber in der Hauptsache sich noch recht lange hinziehen. Denn die Unterstützung der schwedischen Arbeiter durch die ausländischen Arbeiterschaften hält bisher treulich an. Die deutsche Generalkommission hat bis zum 2. Oktober insgesamt 1091 046,06 Mk. Unterstützungsbeiträge verzeichnet können. So bewährt sich die internationale Solidarität! Möge die deutsche Arbeiterschaft auch weiterhin ihre Pflicht tun, eingedenk der Tatsache, daß das Ringen in Schweden unser aller Kampf ist!

Ein Landrat für den Alkoholboykott! Folgendes, vom Landrat Dr. Lucas in Solingen unterzeichnete Schriftstück ging der Bergischen Arbeiterstimme zu: Was eine Gewerkschaft vermag im Kampfe gegen den Alkoholmißbrauch, zeigt folgendes Beispiel: Auf der kaiserlichen Werft in Kiel bestand der Brauch, die Geburtstage durch Ausgabe von „Runden“ und „Laternen“ Schnaps zu feiern. Die Verbote, die von der Leitung der Werft hiergegen gerichtet wurden, fruchteten wenig. Was sie nicht vermochten, hat die Leitung des Metallarbeiterverbandes zustande gebracht: auf ihre Anweisung ist jener schlimme Zopf neuerdings abgeschnitten.

Die Luftsteuer. (Aus einem Zeitungsbericht vom Jahre 1915.) Die neue Gesetzesvorlage der Regierung, betreffend Steuer der Luft, wird am Sonnabend dem Reichstag zugehen. Wie wir von geschätzter Seite erfahren, soll die neue Luftsteuer, die seit einem Jahre vorbereitet wird, 353,6 Millionen Mark einbringen. Dem Ertrag liegt folgende Berechnung zugrunde: Der Mensch atmet wöchentlich etwa 5208 Gramm Sauerstoff mit der Luft ein. Die für 5200 Gramm Sauerstoff zu erhebende Steuer soll nicht mehr wie 10 Pf. betragen. Das macht pro Jahr den geringen Betrag von 5,20 Mk. Da Deutschland nach der letzten Zählung 68 Millionen Einwohner hat, ergibt das in Summa 353,6 Millionen Mark. Die Befürchtungen der oppositionellen Presse, daß die Bemittelten sich der Steuer dadurch zum Teil entziehen können, daß sie ihren Sommeraufenthalt im Ausland nehmen, ist grundlos, da einmal über die Internationalität des Sauerstoffs bei allen Großmächten nach langen diplomatischen Verhandlungen endgültig alle Zweifel beseitigt sind und dann auch die neue Vorlage eine Kehlkopf-Banderole vorsieht. Wie wir mitzuteilen in der Lage sind, erhält jeder Steuerpflichtige nach Entrichtung des Steuerbetrages 52 eigenartig geformte Blechmarken, von denen wöchentlich eine in die an der sehr sinnreich konstruierten Kehlkopf-Banderole befindliche Kontrolluhr gesteckt werden muß. Wird es vergessen, erinnert ein automatisch ausgelöster Druck auf den Kehlkopf daran, die Blechmarke in die Kontrolluhr zu stecken. Bleibt diese Mahnung unbeachtet, erfolgt nach 24 Stunden vollständige Absperrung der Luftzufuhr bis zur Strangulierung. Daß jemand wegen eingetretenen Mangels einer Steuermarke oder aus reiner Vergeßlichkeit Selbstmord verüben könnte, ist ausgeschlossen, da, wie statistisch nachgewiesen, noch niemand wegen 10 Pf. rückständiger Steuer Selbstmord verübt hat. Dieser Banderole-Automat wirkt zuverlässiger wie jeder Gerichtsvollzieher. Auch fallen die Mahnzettel fort. Die technischen Schwierigkeiten der Durchführbarkeit dieser sehr populären Steuer sind also gelöst. Aber auch die ästhetische und moralische Seite der Frage ist auf Anregung der in dieser Frage völlig übereinstimmenden Kultusministerien sämtlicher Bundesstaaten geradezu glänzend gelöst worden. Die letzte Spur von Nacktheit am Hals wird, was der Reichs-Sittlichkeitsverein mit Genugtuung begrüßen wird, endlich verschwinden. Die Kehlkopf-Banderole erhält die Form einer Krawatte, die nur in den Farben des jeweiligen Bundesstaates und je nach Ausführung in allen Preislagen von der Reichs-Krawattmacherei geliefert wird. Ganz rote Krawatten wird es in Zukunft also nicht mehr geben. Ein Grund, warum die Sozialdemokraten voraussichtlich, wie gegen alle direkten Steuern, ihre althergebrachten Argumente vorbringen werden. Der Entwurf zu der Krawatte führt von hoher Hand her. Er zeigt auf dem im beliebigen Reichspostmarkenstil gehaltenen Fond den Reichsadler, dessen stark vergrößerter Pelikanschnabel die Einwurfsöffnung für der Kontrolluhr birgt, wohinein man die Marké schiebt, die für eine Woche Sauerstoff garantiert, ohne zu oxidieren. Soweit wir in der Lage sind, mitzuteilen, bleiben Kinder bis zu sechs Jahren Sauerstoffsteuerfrei. Leute mit halber Lunge erhalten 50 Proz. Steuerermäßigung. Der dadurch entstehende Sauerstoffausfall wird dadurch kompensiert, daß Radfahrer, die 5200 Gramm in weniger als sieben Tagen verbrauchen, höher besteuert werden und daß in einem Nachtrag eine Kilometersteuer für alle Nicht-Reichsflugschiffe erhoben wird.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Das Geld wird teurer — die Börse bleibt verrückt. — Glasaktien. — Der Michel mit dem Pleitegeier. — Deutsche Reichsanleihe. — Laurahütte. — Oberschlesische Eisenindustrialfusionen. — Haß in der Dynastie Wertheim — und der Arbeiter.

In geradezu unglaublichen Eilmärschen jagt der Geldmarkt und mit ihm die ganze Industrie der Hochkonjunktur zu. Es ist wie bei einem über-

hitzten Patrioten, allen kritischen Betrachtungen gegenüber ringt sich immer wieder der alleinseligmachende Optimismus durch: es muß noch schöner werden. Der Erkenntnis, daß wir jetzt nach langer Stagnation in der industriellen Tätigkeit einem Aufschwung entgegengehen, und daß dieser sich auch bereits angebahnt hat, verschließt sich wohl niemand. Aber die geradezu unheimliche Spekulation, das geradezu fürchterliche Drängen des Privatgeldes, sich in der Industrie festzulagern, hat längst alle Vernunft mit fortgerissen. Es wird alles im Strome mitgetrieben.

Wie da aus den allergeringsten Aussichten auf Profit glühender Honig gesaugt wird, dies zeigten, um nur ein Beispiel zu bringen, in den letzten Woche die Glasaktien. Die Biersteuer hat für die Wirte die Verkleinerung der Schankgefäße wünschenswert gemacht. Die Kurse der Glasaktien stiegen sofort um recht bedeutende Ziffern, aber nicht etwa die Kurse der Glasaktiengesellschaften, die Schankgefäße produzieren, allein, sondern alle Glaswerte, so zum Beispiel auch die Kurse der Tafel- und Spiegelglasfabriken, die doch gar nichts mit Gläsern und ähnlichen Gegenständen zu tun haben. Und dies ist nur ein Beispiel, wie aus den jämmerlichsten Steuern noch Gewinne geholt werden.

So kam der Geldmarkt zu einer Versteifung, die ihm gefährlich werden konnte, die Reichsbank beschloß demzufolge, mit einer direkten Warnung an die Spekulation, den Diskontsatz von 3 1/2 auf 4 Prozent zu erhöhen. Nur ganz vorübergehend machte sich eine kleine Erholungspause bemerkbar, der Quartalsabschluß wirkte, danach ging es eben so fröhlich weiter. Jetzt ist es mit der Geldknappheit schon so schlimm geworden, daß wenn diese Zeilen in Druck gehen, der Diskontsatz der Reichsbank aller Voraussicht nach weiter um ein volles Prozent gestiegen sein wird. Ganz bestimmt lauten die Meldungen, daß das Teurerwerden des Geldes schon in den allernächsten Tagen durch eine weitere Erhöhung des Reichsbankdiskontes zum Ausdruck kommen wird. Mit 5 % wäre dann glücklich wieder ein Satz erreicht, wie wir ihn 1906 zeitweise gehabt haben! Aber 1906 war noch ein Jahr der Hochkonjunktur, während dies von 1909 noch lange nicht gesagt werden kann. Einmal ist diese Erscheinung auf die immer nervöser werdende Goldmacht zurückzuführen, die im fiebernden Lebendigsein, im Ueberstürzen nach Profiten ihr Leben sieht, zum anderen ist aber auch nicht zu vergessen, daß das Deutsche Reich an die Reichsbank mit ganz riesigen Ansprüchen herangetreten ist. Der durch Barmittel nicht gedeckte Notenumlauf, der über die steuerfreie Grundquote hinausgeht, betrug am 30. September 570 Millionen, am 1. Oktober 705 Millionen Mark. Beim deutschen Michel sitzt nämlich wieder mal der Pleitegeier in ganz bedenklicher Nähe. Jetzt sind offiziöse Federn eifrig bei der Arbeit, um den Anleihebedarf des Deutschen Reichs — also die kommenden neuen Schulden — zu berechnen; sie weisen nach, daß der Nachtragsetat für 1909, der gleichzeitig mit dem Etat von 1910 dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritte vorgelegt werden wird, einen Anleihebedarf des deutschen Reiches in der Höhe von 500 Millionen Mark bringen wird! Also 500 Millionen neue Reichsanleihe! Das heißt, daß das deutsche Reich dann eine Schuldenlast von 5000 Millionen Mark zu tragen haben wird, und dies ein halbes Jahr, nachdem 500 Millionen neue Steuern zu Lasten des Volkes geschrieben worden sind! Und so kann man an der Börse beobachten, daß während alle Industriewerte steigen, die deutsche Reichsanleihe immerfort sinkt! Sie steht heute, am 9. Oktober, auf 84! Also ein 3 % Schuldschein auf den deutschen Staat, der auf tausend Mark lautet, wird mit 840 Mark bewertet!

Nun muß beachtet werden, daß diese Erscheinungen für den Arbeiter nicht nur die kommende Gefahr neuer Steuern bedeuten, die mittelbare Wirkung der Geldkalamitäten der deutschen Regierung und ihre schon geschilderte Wirkung auf den Geldmarkt bringt eine allgemeine Versteifung des wirtschaftlichen Getriebes mit sich, die Gesteigungskosten der Industrie werden naturgemäß durch das teurer gewordene Geld ebenfalls höher. Die Lust zu wirtschaftlichen Unternehmungen wird gehemmt, und dies zu einer Zeit, wo einmal der Winter, die gefährlichste Zeit für den Arbeiter, vor der Tür steht, zum anderen, von einer vollen Beschäftigung in Industrie und Handel noch lange nicht gesprochen werden kann. Als weitere Folge kommt noch hinzu, daß auch die Aktiengesellschaften, um ihre Aktionäre zufrieden zu stellen, die ihre Papiere doch auch nach dem allgemeinen Kursstand betrachten, ihre Dividendenpolitik korrigieren, nach oben schrauben, und nichts ist geeigneter, Wünsche der Arbeiter weniger zu beachten, als gerade diese Methode.

Wie in solchen Fällen alles ausgenutzt wird, was da alles bei der Dividendenpolitik in Frage kommt und wer da alles seine Hände dabei mitwäscht, zeigte recht deutlich der Jahresabschluß einiger großen Montanwerke. Da hatten die eingeweihten Aufsichtsratsherren resp. Direktoren gute Spekulationen auf einen schlechten Jahresabschluß ihrer Werke gemacht, alle dem entgegenstehenden Notizen und Mitteilungen der Presse wurden konsequent abgelehnt, die schon geschilderte Dividendenpolitik brachte dann eine höhere Dividende wie erwartet heraus, das Geschäft war gemacht. Allerdings kommen gerade aus der Eisenindustrie

immer wieder neue Warnungen, die Situation nicht allzu rosig anzusehen. So war der Abschluß der Vereinigten Königs- und Laurahütte, der auf 4 % gegen 10 im vergangenen Jahre lautete, ein nicht mißzuverstehendes Zeichen dafür, wie es in der deutschen Montanindustrie in Wirklichkeit auch heute noch aussieht.

Es ist erklärlich, daß gerade solche Zeiten wieder günstigen Boden zu Fusionsgerüchten abgeben. Jetzt ist es die ober-schlesische Montanindustrie, in der ein gewaltiges Verschmelzungswerk diskutiert wird. Im Mittelpunkt steht die Bismarckhütte. Es wird erwogen, mit ihr die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs- und die Oberschlesische Eisenindustrie-A.-G. zu verschmelzen. Es wird auch davon gesprochen, daß der Kapitalmagnat Henckel von Donnersmark an dem Projekt nicht interessiert sei. Auf jeden Fall würde durch solch eine Verschmelzung die Lage der ober-schlesischen Montanindustrie einfacher, eine Verständigung mit den übrigen Werken wäre mehr in die Nähe gerückt, die Konkurrenzfähigkeit gegen Rheinland-Westfalen würde sich stärken.

Während hier die Arbeiterfrage weniger stark im Vordergrund steht, ist es bei einer der modernsten Kapitalanhäufungen zu Konflikten gekommen, in die auch die Arbeiter mit hineingezogen worden sind. Die Warenhausdynastie Wertheim hat sich veruneinigt. Der Bruderstreit endete damit, daß der eine Bruder sein Geld nahm und aus der Gemeinschaft ausschied. Der W. Wertheim wurde aber damit nicht ruhig, im Gegenteil, er entfaltete eine außerordentliche Tätigkeit, die in ihrer Größe brüderlichen Gefühlen sicher um nichts nachsteht. Zuerst wurde das Passagekaufhaus, der übergründete Warenhauspalast der Detailhändler, zu einem Preise gekauft, der an sich schon ein glänzendes Geschäft bedeutete. Dann wurde in der Potsdamerstraße, ganz in der Nähe des Mutterhauses Wertheim, ebenfalls ein großer Häuserkauf durchgeführt, demnächst wird auch da ein Warenhaus W. Wertheim entstehen. Der Konkurrenzkampf ist so auf der ganzen Linie entbrannt. Daß er noch lange nicht am Ende ist, zeigt der Ankauf fast aller Häuser, die den Häuserblock Leipzigerstrasse-Leipzigerplatz ausmachen, an dessen wichtigster Ecke der große Bau Wertheims steht. Es ist ohne weiteres klar, daß da für die Objekte Liebhaberpreise gezahlt werden mußten. Ganz im geheimen sind durch Mittelspersonen die Grundstücke aufgekauft worden. Die Sarrattigesellschaft, deren Haus mit 1,7 Millionen Mark zu Buche stand, konnte ihren Aktionären den netten Preis von 2,5 Millionen für das Gebäude mitteilen. Der Quadratmeter Grund und Boden erreicht dort einen Preis von 40000 Mark! Das direkt neben Wertheim liegende Haus konnte noch nicht aufgekauft werden, der jetzige Eigentümer verlangt nämlich 3 1/2 Millionen dafür. Hier ist es also die Sicherstellung des Mutterhauses, die nicht in der Gefahr leben will, gelegentlich im Nebenhaus den Ausgewanderten sitzen zu sehen. Ueberdies ist das Aufkaufen der in der Nähe eines Unternehmens liegenden Häuser, speziell bei den modernsten Riesenhotels der Reichshauptstadt, um so eine Konkurrenz nicht befürchten zu müssen, durchaus nichts absonderliches. Die Konkurrenz zwischen den Brüdern Wertheim war bis jetzt nur ein Preiskampf. In Berlin hat man Nahrungsmittel, im besonderen Obst, noch nie so billig kaufen können, als wie jetzt bei den feindlichen Brüdern. Aber jetzt wird der Kampf mit immer schärferen Mitteln geführt. Der erste Schritt dazu war, daß A. Wertheim, also das Mutterhaus, allen seinen Packern, Hausdienern usw. einen Vertrag zur Unterschrift vorlegte, laut dem diese sich verpflichten sollen, ein Jahr lang nach dem etwaigen Austritt aus der Firma nicht bei dem Bruder W. Wertheim Stellung anzunehmen. Es ist hier wieder eine jener berühmten Gesetzeslücken vorhanden, die Firma kann durch das Gesetz nicht wegen dieser Gemeinheit gegen die Arbeiter irgendetwas belangt werden. Diese Schaffung einer Konkurrenzklausel für die Handelshilfsarbeiter zeigt eben, wie alles dazu dienen soll, die eigene Anbetung des goldenen Kalbes zu unterstützen.

Und der Arbeiter bleibt immer nur das Mittel zum Zweck. Wenn so jetzt die Situation betrachtet wird, dann darf wirklich nicht verschwiegen werden, daß der normale Aufschwung zu wirtschaftlich besseren Zeiten durch diese neuesten Ereignisse auf dem Geldmarkt für den Arbeiter die Aussichten verschlechtert worden sind. Es bleibt zu wünschen, daß die gegen den Arbeiter heranrückenden Gefahren noch zu bannen sein werden.

In der vorigen „Wirtschaftlichen Monatsschau“ (Gr. Pr. No. 37) ist folgender Fehler unterlaufen: Seite 317, Spalte 2 Zeile 4 von unten muß es heißen: „Heute wurden die Aktien von 1000 Mk. (nicht von 10000 Mk.!) zeitweise auf 20000 Mk. gewertet.“ Darnach hat also die Steigerung 2000 Proz. betragen, und nicht, wie es durch den Fehler in der vorigen Monatsschau den Anschein hatte, nur 200 Proz. K. H.

Die Jugendbewegung und die Gewerkschaften.

II.

In einem „Gewerkschaftlichen Jugendorganisationen“ überschriebenen Artikel, der in der „Neuen Zeit“ (26. Jahrgang II. Band, Seite 714) zum Abdruck ge-

langte, nahm Schreiber dieser Zeilen an der Diskussion über Form und Zweck der proletarischen Jugendorganisationen Anteil, die vor etwa einem Jahre in der Arbeiterpresse geführt wurde. Dasselbe wurde die Forderung vertreten, daß von den maßgebenden Instanzen - die vom Verband der Lithographen, Steindruckers usw. eingeführte Organisationsform als Grundlage der gesamten Organisation der proletarischen Jugend - proklamiert werden möge. Soweit ich orientiert bin, erhob sich damals in der Arbeiterpresse keine Stimme zur Unterstützung des gekennzeichneten Vorschlags. In der Parteipresse im engeren Sinne wehrte man sich sogar energisch gegen diesen Gedanken, ehe er einmal klipp und klar ausgesprochen war. Der Parteitag zu Nürnberg faßte denn auch den gleichen Beschluß wie der Hamburger Gewerkschaftskongreß: er sprach aus, daß feste Organisationen nicht nötig seien und rief zur Gründung von Jugendausschüssen, die in der Luft schweben. - Nur dadurch unterschied sich der Beschluß der Partei von dem der Gewerkschaften, daß er vor der Erdrosselung der freien Jugendorganisationen, nach der manche Gewerkschaftsführer strebten, ausdrücklich warnte. Der Gewerkschaftskongreß dagegen empfahl seinen Getreuen, an die Gründung gewerkschaftlicher Jugendabteilungen zu gehen.

Ein Jahr ist nun die Arbeiterschaft Deutschlands mit Eifer in der gewünschten vielseitigen Weise tätig. Zahlreiche Erfahrungen sind in dieser Zeit gesammelt worden, die der Jugendbewegung sehr nützlich werden dürften, und die wir eigentlich dem liberalen Reichsverfassungsgesetz verdanken, das uns veranlaßt, der Frage nochmals ernstlich auf den Leib zu rücken und gleichsam alle denkbaren Formen der Jugendorganisation auf ihren Wert zu prüfen. Vielleicht setzt uns das nunmehr in den Stand, die zweckmäßigste Form auszuwählen zu können.

Welche Schlüsse schon jetzt von Parteigenossen, die in der Jugendbewegung mitarbeiten, aus den gemachten Erfahrungen gezogen werden, zeigen die Artikel der Genossen Böttcher und Dr. Rosenfeld in No. 45 resp. 46 der »Neuen Zeit«. Ihre Darstellungen treffen zweifellos das Richtige. Besonders interessant und durchschlagend als Beweis für die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes sind Rosenfelds Schilderungen von den Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Bestandteilen unserer Jugendbewegung und ihren gegenseitigen Behinderungen, auf deren Kommen ich auch schon in meinem vorjährigen Artikel hinwies. Hieraus geht mit besonderer Klarheit hervor, daß der Jugendbewegung endlich eine einheitliche Grundlage gegeben werden muß, wenn sie die wünschenswerten Erfolge erzielen soll.

Oben wurde gesagt, daß in der vorjährigen Diskussion über die Jugendorganisationsfrage der Vorschlag, die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen allgemein einzuführen und zur Grundlage für die gesamte Bewegung zu machen, keinerlei wirksame Unterstützung gefunden hat. Um so erfreulicher ist es, daß sich jetzt gleich zwei mit der Frage vertraute Genossen in ihren obengenannten Artikeln diesem Gedanken nähern. Der Genosse Böttcher, der im Vorjahre von den Jugendorganisationen deren Gewerkschaften nicht viel wissen wollte, gibt eine Anregung, die, wenn sie auch noch etwas unklar gefaßt ist, doch im wesentlichen darin gipfelt, die gewerkschaftlichen Jugendsektionen zu den eigentlichen Trägern der Jugendorganisation zu machen. Genosse Dr. Rosenfeld dagegen wartet bereits mit einem durchaus klaren Organisationsprogramm auf, das auf dasselbe hinausläuft. Er wünscht zunächst, daß alle Gewerkschaften an die Gründung von Jugendabteilungen gehen mögen. Alle örtlichen Jugendabteilungen jeder einzelnen Stadt sind sodann zu einem Jugendbildungsverein zusammenzufassen. Den einzelnen gewerkschaftlichen Jugendsektionen fällt dann die rein organisatorische und die fachliche Bildungsarbeit zu, während die Pflege der Allgemeinbildung in dem im ersten Artikel kurz besprochenen Sinne Aufgabe des Jugendbildungsvereins resp. des an seiner Spitze stehenden Jugendausschusses ist. Letzterer wird von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern gebildet, wie es schon jetzt geschieht.

Seine Vorschläge erscheinen sehr wohl durchführbar, und ihre Annahme durch die beteiligten Instanzen ist auch deshalb zu empfehlen, weil die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen gezeigt haben, daß sie allein imstande sind, die Jugend in kurzer Zeit in befriedigender Anzahl den Organisationen zuzuführen. Wie jüngst von anderer Seite festgestellt wurde, waren in der Berliner freien Jugendorganisation bis Ende 1907 nur 34 Lehrlinge aus dem im Verande der Lithographen, Steindruckers usw. zusammengefaßten Berufen organisiert. Die Berliner Lehrlings-Abteilung dieses Verbandes dagegen brachte es nach einjähriger Organisationsarbeit auf 524 Mitglieder.

Nehmen wir nun an, alle übrigen Gewerkschaften erzielen gleiche organisatorische Erfolge - und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln - dann gelangen wir zu dem Schluß, daß durch die Durchführung der Vorschläge Rosenfelds die Jugendbewegung zu einer Massenbewegung im wahren Sinne des Wortes werden würde. In großen Städten wäre es alsdann möglich, die große Masse der im Jugendbildungsverein zusammengefaßten Mitglieder der gewerkschaftlichen Jugendsektionen wieder zu

dezentralisieren, indem in den verschiedensten Stadtbezirken Versammlungen und Vortragskurse abgehalten werden, wie es jetzt schon in Berlin geschieht. Diese Methode ist geeignet, den Besuch der Veranstaltungen zu verbessern und die Bildungsmöglichkeiten einem hohen Prozentsatz der Jugendlichen zugänglich zu machen. Aber auch finanziell würde die Jugendbewegung durch die Organisation großer Massen gehoben werden, so daß das Ideal großer eingerichteter Jugendheime nicht länger ein solches bleiben brauchte.

Aus allen diesen Gründen kann den Leitern unserer örtlichen Jugendabteilungen geraten werden, überall, wo sich ihnen dazu die Gelegenheit bietet, etwaigen Plänen, die in der hier angedeuteten Weise eine Reorganisation der Jugendbewegung bezwecken, ihre Unterstützung zu gewähren. Ueberall strebe man nach Einigkeit der an der Jugenderziehung interessierten Teile der Arbeiterbewegung, nirgends gestatte man Streit und Zwietracht Eintritt in die Jugendbewegung!

Rich. Seidel.

Wirkungen der Tabaksteuer.

II.

Das Tabakwertzoll-Unheilgesetz ist das Resultat des verbrecherischen Leichtsinns des Schnapsblockes - kein Wunder, daß dieser jetzt angesichts der schlimmen Wirkungen des Gesetzes die Verantwortung dafür von sich abzuwälzen sucht. Dieselben Herren, die das ruinöse Gesetz für die Zigarrenindustrie beschlossen haben, hetzen jetzt in geradezu unverantwortlicher Weise gegen diese, indem sie in der agrarischen und in der Zentrums- und dem Publikum einzureden suchen, die Fabrikanten und die Händler versuchten neben der Steuer noch einen Extraprofit für sich herauszuschlagen. Die Wirkung dieser Hetzereien ist die, daß die Raucher zu einem großen Teile passive Resistenz gegen die erhöhten Preise üben, und dadurch abermals der Konsumrückgang gesteigert, die Not der Arbeiter im Tabakgewerbe vermehrt wird.

Zentrum und Agrarier behaupten, bei den Zigarren sei die gleiche übermäßige Preissteigerung vorgenommen wie beim Schnaps und beim Bier. Sie versprechen, daß aus vielen Gründen eine Ueberverteilung der Konsumenten bei Zigarren ausgeschlossen ist.

Der Tabak- und Zigarrenindustrie sind keine Liebesgaben bewilligt, eine Kontingentierung besteht nicht, die Konkurrenz ist nicht wie beim Bier ausgeschlossen worden, indem man für neu errichtete Betriebe eine Steuererhöhung von 50% gesetzlich festgelegt hat. In der Brau- und Branntweinindustrie handelt es sich in der Hauptsache um Großbetriebe, die durch Kartellierung ihren Abnehmern die Preise diktieren können. Nach der letzten Berufs- und Gewerbebeziehung gibt es in der Tabakfabrikation 25470, im Handel mit Tabak und Zigarren 22612 Hauptbetriebe; die große Zahl der Nebenbetriebe und der Ladeninhaber ist hierbei nicht mitgerechnet. Eine Kartellierung von ca. 50000 Betriebsinhabern liegt nicht im Bereiche der Möglichkeit; bei einer so enormen Zahl sorgt schon die freie Konkurrenz dafür, daß künstliche Preistreiber sich an ihren Urhebern bald selbst rächen werden. Die Preissteigerungen für Tabak sind deshalb, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, allgemein nur solche, wie sie durch die Verhältnisse geboten werden.

Sonderbarerweise verlangen nun aber die Herren vom schwarz-blauen Block, daß trotz des naturgemäß eintretenden Konsumrückganges Fabrikanten und Händler ihren bisherigen prozentuellen Nutzen einschränken sollen, daß beim Detailverkauf die Zigarren nicht um den Bruchteil eines Pfennigs mehr gesteigert werden dürfen, als der Steuerbetrag ausmacht. Nur komplette Narren können so rechnen. Durch die Verdoppelung des Zolles sind selbstverständlich die Unkosten der Fabrikanten enorm gestiegen, für die Händler werden diese prozentuell doch nicht geringer. Will der Händler in Zukunft seinen minderbemittelten 5 Pfg.-Zigarrenrauchern nicht einen scheußlich stinkenden Glimmstengel verkaufen, muß er jetzt ohne weiteres dafür einen höheren Preis zahlen, als dies vor der Zollerhöhung der Fall war.

Haben schon die schwarz-blauen Blockgesellen bei ihrer leichtfertigen Gesetzesmacherei bewiesen, daß sie von den industriellen Verhältnissen keine blasse Ahnung haben, so gibt es heute keinen Fachmann in der gesamten Industrie, der ihre jetzigen Darlegungen nicht für bewußten Schwindel hält. Bei den 5 Pf.-Zigarren soll nach Erzberger und Genossen die Mehrsteuer nur $\frac{1}{10}$ Pf. betragen; Herr Erzberger will eine 5 Pf.-Zigarre aus rein inländischem Tabak herstellen. Jedes Lehrlingmädchen in der Zigarrenindustrie weiß, daß Zigarren aus rein inländischem Tabak herzustellen ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß eine Zigarre, die auch nur zur Hälfte aus »Lieb Vaterland« besteht, wahrlich schon nicht lieblich schmeckt und duftet. - Nimmt man aber nur die Hälfte ausländischen Tabaks, so beträgt die Mehrbelastung schon über 3 Mk. pro Mille; dazu kommt dann noch die infolge der jetzigen großen Nachfrage nach inländischem Tabak eingetretene Preissteigerung von 10 bis 20 Pf. pro Pfund, so daß der Hersteller der Ware ohne irgendwelchen Aufschlag seiner höheren Spesen 4 Mk.

bis 4,60 Mk. Mehrkosten hat. Tatsache ist aber, daß eine ganze Reihe Fabrikanten vor der Zollerhöhung ihre 5 Pf.-Zigarren entweder ganz oder doch fast ganz aus rein ausländischem Tabak hergestellt hat. Für diese Sorten muß die Preiserhöhung natürlich eine noch höhere sein, namentlich dann, wenn es sich um größere Fassons handelt, bei welchen die Mehrbelastung eventuell auf 5,60 Mk. pro Mille steigt. Bei den 6 Pf.-Zigarren beträgt der Wertzoll 5 bis 6,40 Mk. pro Mille, bei den 7 Pf.-Zigarren 5,80 bis 7,40 Mk. pro Mille, ohne Hinzurechnung der erhöhten Unkosten des Fabrikanten.

Die Anlagepreise der Händler betragen bisher: bei den 5 Pf.-Zigarren 35 bis 40 Mk. per Mille bei den 6 Pf.-Zigarren 42 bis 46 Mk. per Mille bei den 7 Pf.-Zigarren 48 bis 52 Mk. per Mille.

Für den Kleinverkauf bewirkt also die neue Steuer ohne weiteres, daß die Zigarren um 1 Pf. im Preise erhöht werden müssen, wenn nicht die Händler, die doch wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, den Mehrpreis aus ihrer Tasche bezahlen sollen.

Die Hetze der Agrarier und des Zentrums gegen die Zigarrenfabrikanten und Händler ist in ihrer Wirkung eine arbeiterfeindliche, sie führt dazu, daß gewissenlose Fabrikanten durch Reduktion der Arbeitslöhne, durch Verlegung ihrer Fabriken in Distrikte mit niedrigen Löhnen billigere Fabrikate herzustellen sich bestreben werden. Der Tanz, der nach der Zollerhöhung von 1879 begann, und der über die Tabakarbeiter für Jahrzehnte so fruchtbares Elend brachte, beginnt infolge dieser Hetze jetzt schon wieder.

Denkende Arbeiter haben kein Interesse daran, den schwarz-blauen Block bei der von ihm inszenierten Hetze zu unterstützen; die Kosten würden einzig und allein ihre Brüder, die Tabakarbeiter zu tragen haben. Aber etwas anderes sollte in allen Orten geschehen, in denen organisierte Arbeiter Einfluß besitzen. Die Gewerkschaftskommissionen sollten gemeinsam mit den organisierten Tabakarbeitern dafür sorgen, daß die Arbeiter nur Zigarren rauchen, bei deren Herstellung die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt sind. Leider stößt man noch immer auf die beschämende Tatsache, daß man sich darum selbst dort manchmal nicht kümmert, wo die Arbeiter Einfluß haben in Gewerkschaftshäusern und in Konsumvereinen. Der bisherige Grundsatz, gerade an den Zigarren möglichst viel zu verdienen, hat leider dazu geführt, daß, unbekümmert darum, ob sie zu Hungerlöhnen in der Heimindustrie oder in Zuchthäusern angefertigt wurden, nur des billigen Preises wegen Zigarren von allen möglichen kapitalistischen Firmen gekauft wurden.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter stehen vor einer entsetzlich schweren Zeit, ohne die solidarische Beihilfe der gesamten Arbeiterschaft werden sie nicht die Macht haben, in dem schon begonnenen Kampfe Aller gegen Alle dem rücksichtslosen Niedertrampeln der Arbeiterinteressen durch den Kapitalismus Stand halten zu können.

Bei zielbewußtem Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Organisationen für die durch die »Ritter und die Heiligen« so schwer geschädigten Tabakarbeiter wird es aber möglich sein, sowohl die Konsumenten-Interessen der gesamten Arbeiterschaft, als auch die Produzenten-Interessen der Tabakarbeiter zu wahren.

G. N.

Briefkasten der Redaktion.

J. K., M. Hätten Sie Ihr Inserat an die Expedition gesandt, wo es, wie in der »Gr. Pr.« schon dutzendmal betont wurde, hingehört, dann wäre es für die vorige No. noch zurecht gekommen. Es ist also Ihre eigene Schuld, wenn es verspätet erscheint. - R. K., B. Das weiß ich nicht. Inserate und Offerten auf Inserate gehen nur durch die Expedition in Scheuditz. Reichen Sie doch dort Offerte ein, dann können Sie das Gewünschte schließlich erfahren.

Algemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

In den Nummern 1 bis 5 dieses Jahrganges unseres Organs behandelten wir in einer Artikelreihe eingehend »Die Bildungsmöglichkeiten im Gegenwartsstaat«. Im letzten Artikel dieser Serie führten wir u. a. auch die Tätigkeit des von der Berliner Kollegenschaft eingesetzten Bildungsausschusses als Beispiel dafür an, wie sich die Arbeiterschaft mit Ernst und Eifer bemüht, aus eigener Kraft Bildungseinrichtungen zu schaffen, die es dem Arbeiter ermöglichen, das kärgliche Wissen, das ihm die Volksschule bot, auszubauen und sich eine umfassende Bildung anzueignen. Für die Kollegenschaft Deutschlands wird es nun von Interesse sein, zu erfahren, in welcher Weise der Bildungsausschuß der Berliner Kollegenschaft im begin-

nenden Winterhalbjahr seine Tätigkeit fortzuführen gedenkt. Darüber gibt sein Programm der »Veranstaltungen im Winterhalbjahr 1909/10« Aufschluß, das kürzlich als 4seitiges Blättchen in recht ansprechender typographischer Ausstattung erschienen ist. Es bringt in übersichtlicher Weise die Daten für alle getroffenen Veranstaltungen und skizziert in einer »Zur Einführung« überschriebenen Abhandlung in großen Zügen den Inhalt des Programms. Um den Kollegen aller Orte Anregungen zu einer ähnlichen Wirksamkeit zu geben, sei dieser Einführungsartikel an dieser Stelle wiedergegeben.

Mit dem Nahen des Winters beginnt die neue Arbeitsperiode des Bildungs-Ausschusses. Wie im Vorjahre, so ist er auch diesmal darauf bedacht gewesen, den Kollegen eine Uebersicht über seinen Arbeitsplan vorzulegen. Um aber die Absichten und Ziele des Ausschusses recht zu verstehen, wird es nötig sein, zu nächst einmal einen Rückblick auf den hauptsächlichsten Teil seiner bisherigen Wirksamkeit zu tun.

Der Ausschuß begann seine Tätigkeit mit Vorträgen über das Weltall, denen sich die eingehende Behandlung des Themas »Vom Urtier zum Menschen« durch Herrn M. H. Baege anschloß. Die im All auf unserem Planeten wirksamen Triebkräfte der Entwicklung lernten wir dadurch kennen; die Erkenntnis der Abstammung des Menschen von einer langen tierischen Ahnenreihe bildete den Gipfelpunkt der uns bis dahin vermittelten Ergebnisse mühevoller und erfolgreicher Forscherarbeit. Danach blieb noch übrig, uns Einblick in die Ursachen, Bedingungen und Folgen des menschlichen Zusammenlebens zu verschaffen. Die Vorträge des Herrn Dr. A. Pannekoek über »Entstehung und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft« dienten diesem Zweck in vortrefflicher Weise. Wir verfolgten den dornenvollen Aufstieg der Menschheit von der primitivsten Form des Zusammenlebens in Horden bis hinauf zu den Höhen der heutigen Kultur und darüber hinaus.

An diese Vortragskurse suchte der Bildungsausschuß beim Ausarbeiten des vorliegenden Planes anzuknüpfen. Darum bietet er den Kollegen zunächst einen Vortragszyklus über die »Entwicklung des menschlichen Denkens«, der ihnen zeigen soll, wie sich die Umwälzungen der Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse im Bewußtsein des Menschen widerspiegeln, in seiner Weltanschauung zum Ausdruck gelangen. Darauf werden wir uns dem Studium der durch die gesellschaftliche Entwicklung bedingten politischen Umwälzungen, dem Studium der Geschichte zuwenden; mit einem Vortragszyklus über »Allgemeine Weltgeschichte« werden wir darin den Anfang machen.

Damit hätten wir die dem Hauptinhalt des folgenden Programms zugrunde liegenden Gedanken klargelegt. Auf allen diesen Gebieten menschlichen Wissens können die Vorträge nur Anregungen und Grundlagen zu weiteren ernstesten Studien geben. Unsere Bücherei, deren Katalog nunmehr erschienen ist, bietet mit ihren gut ausgewählten Bücherschätzen den Kollegen die Möglichkeit hierzu.

Daneben veranstaltet der Bildungs-Ausschuß Führungen durch den Botanischen Garten, durch die National-Galerie und das Aquarium, ferner ein Preisausschreiben mit anschließender Ausstellung u. a. m. Hoffen wir, daß die Kollegen dem Mühen des Ausschusses um ihre Fortbildung das verdiente Interesse entgegenbringen zum Vorteil jedes Einzelnen sowie der gesamten Arbeiterklasse!

*Bildungsausschuß Berlin
der Lithographen, Stein drucker u. verw. Berufe.*

Ortsberichte.

Coburg. Pleite gegangen ist infolge des amerikanischen Zolles und unsinniger Wirtschaftsweise die Firma »Thüringische Kunstanstalt und Graphische Union A.-G.« in Coburg. Die fast gänzliche

Stillegung des Betriebes hat natürlich große Arbeitslosigkeit unserer Kollegen zur Folge. Um über die Situation am Orte zu beraten, fand am 7. Oktober eine Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft statt, zu der auch Kollege Herbst-Leipzig erschienen war. Es wurde beschlossen, die Mitgliedschaft aufzulösen. Als Vertrauensmann für die Einzelmitglieder in Sonneberg, Hildburghausen und Coburg wurde Kollege Leonhard Christlieb, Coburg, Rodacherstraße 25 gewählt. Unterstützungen aller Art werden in Zukunft an Zureisende in Coburg nicht mehr gezahlt, wie überhaupt den auf der Reise befindlichen Kollegen empfohlen wird, einen möglichst großen Bogen um Coburg zu machen, da die Verhältnisse hier trostlos sind und Aussicht auf Arbeitsgelegenheit absolut nicht vorhanden ist. Auskunfts für alle Berufe erteilt für die Orte Sonneberg, Hildburghausen und Coburg Kollege Ernst Herbst, Leipzig, Zeitzerstraße 32.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Austauschlithographen.

Mit dem neuen amerikanischen Zolltarif befassen sich immer noch unsere kapitalistischen Fachblätter in langen Artikeln. Das ist begreiflich, denn durch dieses neue Zollgesetz wurden die Profitinteressen unser Unternehmer mit am meisten bedroht.

Der amerikanische Ansichtspostkartenmarkt ist bis jetzt von der deutschen lithographischen Industrie fast vollständig beherrscht worden. Mit dieser Herrschaft wird es nun, nachdem die Zollschranken so gewaltig erhöht worden sind, unzuverlässig zu sein. Doch läßt sich darüber, inwieweit sich der amerikanische Markt unserer lithographischen Industrie verschließen wird, kaum etwas bestimmtes sagen. Welche Kräftigung unsere amerikanischen Konkurrenten aus dieser Zollerhöhung ziehen werden, das läßt sich eben jetzt noch nicht ermesen.

Weil über die Wirkung der Zollerhöhung auf unsere Industrie noch kein endgültiges Urteil abgegeben werden kann, darum ist in dieser Frage allen möglichen Auslegungen Raum gegeben. Die Fachpresse unserer Unternehmer gefällig sich nun besonders in krassen, übertriebenen Schwarzmalereien. Welchen Zweck man damit verfolgt, läßt man nur zu leicht durchblicken: *man will den Arbeitern Angst einjagen, damit sie keinen Widerstand gegen Lohnreduzierungen entfallen!* In der letzten Nummer des Steindruckwerbes wird ja für solche Lohnkürzungen sogar offen Propaganda gemacht. Es wird dort allen Ernstes vorgeschlagen, die durch die Erhöhung der Zollschranken gestärkte amerikanische Konkurrenz abzuwehren durch eine *»Verständigung mit der deutschen Arbeiterschaft auf göttlichem oder nichtgöttlichem Wege über die mögliche Höhe der Löhne, die einen Export künftig auf die Dauer ermöglichen«.*

Also wir Arbeiter sollen wieder für die Sünden der Unternehmer büßen. Daß wir darauf natürlich nicht eingehen werden, wurde bereits im Leitartikel der letzten Nummer der »Graphischen Presse« gesagt. Mit allen Mitteln werden wir uns gegen ein derartiges schamloses Ansinnen wehren!

Wir brauchen uns durch die Schwarzmalereien der Unternehmer durchaus nicht bange machen zu lassen. Wohl wird der neue amerikanische Zolltarif unsere Industrie arg schädigen, aber so schlimm wirds nicht werden, wie diese Herren aus gewissen Gründen schildern. Hat doch die Papierzeitung in ihrer Nummer vom 1. Juli selbst gesagt: *»Der Zoll, der etwa die Druckkosten (d. h. den Faktorenwert) ausmacht, wird wohl zunächst völlige Stockung in der Ausfuhr nach Amerika herbeiführen, aber hoffentlich die Wirkung eines reinigenden Gewitters haben. Denn auch zum doppelten Preise wird Amerika mit seinen unvollkommen ausgebildeten Arbeitskräften (Arbeitsburschensystem, keine regelrechte Lehre) in bezug auf Güte nicht mitkommen können, so daß voraussichtlich europäische Firmen nach einiger Zeit wieder nach Amerika werden liefern können.«*

Wir haben also ganz und gar keine Ursache, uns aus Konkurrenzrücksichten die Löhne drücken zu lassen, denn wie aus der hier angeführten Auslassung der Papierzeitung hervorgeht, wird trotz der gewaltigen Zollerhöhung in Amerika unsere deutsche lithographische Industrie noch konkurrenzfähig bleiben, dank der Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Unsere Unternehmer mögen nur, wenn es notum sollte, mit etwas weniger Profit fürlieb nehmen. Es sind wirklich nur zu durchsichtige Geschäftskniffe, die Behauptungen in der letzten Nummer des

Schutzverbandsorgans, daß die Unternehmer bei den jetzigen Gesteungskosten an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit angekommen seien. Daß diese Behauptungen windig sind, dafür werden unsere Kollegen Sillier und Müller auf ihrer Studienreise in Amerika sicher erdrückendes Material gesammelt haben. Für die kommenden Kämpfe wird uns dies Material gute Dienste leisten!

Es läßt sich darum aus diesen Gründen schon sehr wohl verstehen, daß unsere Unternehmer diese Studienreise Silliers und Müllers mit sehr gemischten Gefühlen verfolgen. Und zudem hatten es auch unsere Kollegen aus bestimmten Gründen unterlassen, über Zweck und Ziele ihrer Reise vorzeitig Aufschluß zu geben. Das mußte ein besonderer Grund sein für unsere Unternehmer, sich mit großen Sorgen zu erfüllen. Man kann doch nicht wissen, so denken sie, was diese beiden Gewerkschaftsvertreter mit ihrer Reise über den großen Teich alles Schlimme gegen die deutschen Unternehmer im Schilde führen!

Man höre zum Beispiel nur, welche wunderlichen Befürchtungen die in Leipzig-Stötteritz erscheinende Postkarte wegen dieser Studienreise hegt und welche weisen Ermahnungen sie deshalb glaubt unsern Reisenden erteilen zu müssen. Diese Zeitschrift, von schlimmen Halluzinationen geplagt, sieht nämlich schon die Gründung eines amerikanischen Postkartentrusts sich vollziehen, eines Trusts, der nicht nur den gesamten Markt Amerikas, sondern auch den Deutschlands beherrschen soll. Sie schreibt dazu unter anderem: *»Deutsche Banken veranlassen haufenweise deutsches Kapital, sich in amerikanischen Werten festzulegen und damit die industrielle Ueberwucherung jenseits des Teiches zu unterstützen...«*

Was die Austuhr von lebendigen Kräften anbelangt, so scheint auch heute die Warnung noch am Platze zu sein. Der Leiter einer hierher gehörigen deutschen Arbeitergewerkschaft ist auf einer Tour in den V. St. Ob er wohl dafür tätig ist, daß sich der amerikanische Nationalreichtum schneller vermehrt, indem der steigende Bedarf an eingerichteten Arbeitern von hier aus gedeckt wird? Der Standpunkt würde nicht ganz neu sein, wenn er auch eigentümlich international wäre.

Motto: *»Wie man's treibt, so geht's! Weiter heißt es dazu noch in einem andern Artikel:*

»Man legt in Amerika die allergrößten Hoffnungen auf das Ansichtskartengeschäft und wird voraussichtlich in einigen Monaten bereits den großen Weltmarkt durch die »U. S. Postcard Corporation« kontrollieren.

Weil die deutschen Postkarfenzölle so gut wie gar nicht vorhanden sind, so hofft man mit Deutschland ebenso gut fertig zu werden, als mit England und seinen Kolonien. Da gegenwärtig Mangel an tüchtigen Lithographen in den U. S. herrscht, so hoffen die Gründer des genannten Trustes, den eben in Amerika anwesenden internationalen Sekretär der Lithographen zu bewegen, ihnen *tausend Austausch-Lithographen»* zu überlassen auf einige Jahre, welche dann nach diesen Jahren, wenn sie drüben überflüssig geworden sind, und wenn der Markt voll ist, wieder nach der Heimat abgeschoben werden können. Hierbei soll gleichzeitig die Union der amerikanischen Lithographen, welche durch den letzten Streik in die Brüche gegangen ist, wieder auf die Beine gebracht werden. Doch bedürfen alle diese Nachrichten noch derselben Nachprüfung wie die Berichte Cooks und Pearys. Wir werden über die Resultate berichten.

Das Blatt möge sich nur beruhigen, wir haben kein Interesse, die Geschäfte des amerikanischen Trustkapitals zu besorgen! Welchen Zweck unsere Kollegen mit ihrer Reise verfolgen, das wurde ja mittlerweile in der Graph. Presse bekannt gegeben.

Wenn es aber wirklich an dem wäre, daß wir dem amerikanischen Postkartentrust *tausend Austausch-Lithographen»* vermitteln wollten, so hätte dieses Blatt dann immer noch keinen Grund, uns wegen dieses »eigentümlichen internationalen Standpunktes« Vorhaltungen zu machen. Diese Vorhaltungen hätte es an eine ganz andre Adresse zu richten. Schöben wir tausend Lithographen ab, so folgten wir damit nur einem Drucke des *»deutschen Kapitals«*, das sich, wie die Postkarte selbst anfängt, *haufenweise in amerikanischen industriellen Unternehmungen festlegt und damit die Industrie im »Vaterlande«* schädigt. Wohin sollen denn die vielen Arbeitskräfte, die das deutsche Kapital durch sein »eigentümlich internationales Gebahren« brach setzt?

Daß gegen unsern Willen in der deutschen Postkartenlithographie von profitthungrigen Unternehmern in den letzten Jahren so viele überschüssige Arbeitskräfte herangezogen worden sind, dagegen hat die Postkarte noch nie etwas einzuwenden gehabt. Sie

hätte daher auch gar kein Recht, darüber zu zetern, wenn jetzt diese überflüssigen deutschen Postkartenlithographen nach Amerika, wo ihnen ein so günstiges Arbeitsfeld geboten wird, auszuwandern suchten.

Mit solcher Abwanderung würde allerdings die amerikanische Konkurrenz mächtig gestärkt. Unsere Unternehmer ernten dann auch, was sie gesät haben! Jede Schuld rächt sich auf Erden!

Wollen die deutschen Postkartenfabrikanten dieser Eventualität entgegen, dann mögen sie die Lehrlingszuchterei in der Postkartenlithographie gänzlich einstellen! Es gereichte dies ihnen tatsächlich nur zum Nutzen! Hoffen wir, daß sie sich angesichts der amerikanischen Gefahr auch zu diesem Schritte verstehen!

Eine humane Firma!

Es gibt wohl in allen Gegenden Firmen, die an sie gestellte Forderungen ablehnen mit dem Hinweis auf ihre Humanität. So auch die Thüringer Blechemballagen- und Maschinen-Fabrik in Jena. Die Löhne in dieser Firma sind so hoch bemessen, daß sich die Kollegen öfter veranlaßt fühlen, Zulagen zu verlangen. Diese werden aber fast regelmäßig abgelehnt mit der Motivierung, daß doch die Firma in jeder Hinsicht entgegenkommend sei; bei Arbeitsmangel würde doch auch niemand entlassen!

Nun ist wieder einmal Arbeitsmangel eingetreten. Außerdem wurde vor einiger Zeit der Posten des Ober- neu besetzt, und zwar durch einen Herrn Hornbogen, einen Herrn, der vorher als Gehilfe in der Firma tätig war. Wegen seiner Tüchtigkeit im Beruf haben aber die Kollegen nicht den nötigen Respekt vor ihm. Also, zwei Uebelstände zu gleicher Zeit! Das liberale, humane Mäntelchen muß erhalten bleiben; deshalb muß etwas ausfindig gemacht werden, dem Uebelstand abzuhelfen.

Bei einer Auseinandersetzung des Ober mit einem Kollegen lächelt ein Dritter, worüber ein harmloser Wortwechsel entsteht. Am andern Tag wird dem Kollegen gekündigt. Auf die Anfrage, weshalb dies geschehe, wird erwidert, daß auf alle Fälle der Untergebene vor dem Vorgesetzten Respekt haben müßte, und das soll damit erreicht werden. So ein Lächeln habe immer so etwas für sich. Vor allem würden es sich die andern Kollegen zur Lehre dienen lassen.

Also man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, ohne die Humanität zu verletzen. Dies ist nicht der erste derartige Fall. Die Kollegen werden aber trotzdem zusammengehalten und sich durch derartige Sachen nicht kirre machen lassen.

Auf alle Fälle ist hinter dem Respekt vor dem Ober noch etwas anderes zu suchen, und das ist die Organisation; gegen diese allein will man opponieren. Man will sich eben gefügiges Personal während der Krise schaffen. Ist es doch vorgekommen, daß in dieser Firma vor einiger Zeit Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses (!!) beantragten, die Arbeitszeit der Lithographen wieder wie im übrigen Betrieb auf 9 Std. hinaufzusetzen! (Jetzt 8 1/2 Std.). Kollegen! habt Acht, hier gilt es auf der Hut zu sein!

Die Verwaltung der Mitgliedschaft Jena.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Richtigstellung

zur Erwidierung in No. 40 der Graph. Presse.

Auf die tatsachenverdrehende Erwidierung muß ich den Raum der Graph. Presse in Anspruch nehmen, um die höhnischen und persönlichen Angriffe des Kollegen Risch zurückzuweisen. Trotzdem der oder die Artikelschreiber ganz intern an der Gewerkschaftsbewegung teilnehmen, scheinen sie gar nicht den Sinn und Zweck meiner Ausführungen verstanden zu haben. Mein erstes Bestreben war, daß die Verwaltung den Kollegen gegenüber zum Ausdruck bringen sollte: hier hat die Kollegenschaft ihren Mann gestanden und wir haben, durch besondere Umstände verursacht, zum Teil die Schuld, daß der Streik so abgebrochen werden mußte. Daß ich nicht intern beteiligt daran bin und trotzdem den Sachverhalt weiß, braucht doch keinen Kollegen zu verblüffen. Das weiß doch ein großer Teil der Kollegen, und gerade deswegen ist es sehr gewagt und schwer, diese umstimmen zu wollen. Daß ich bei der Wahrheit bleibe und geblieben bin, kann mir ein großer Teil der Anwesenden unserer letzten Sektionsversammlung bestätigen. Meine Kritik war ehrlich und sachlich gehalten, aber aus der Erwidierung vermisste ich die Grundlage gegenseitiger Achtung. Oder braucht man diese einem bedeutungslosen Durchschnittsmitglied gegenüber nicht zu wahren? Vielmehr weht da eine gereizte Schulmeistererei heraus, die sagen will: lerne erst Gewerkschaftsintern, damit du auch diese Rätsel lösen kannst, dann bist du erst berechtigt, Kritik zu üben. Daß aber dann trotzdem die große Masse der Kollegen im Unklaren bleibt und das Vertrauen zu solcher Geheimnistuerei — Taktik genannt — ver-

liert, scheint unsere Verwaltung nicht zu berücksichtigen. Die von gewerkschaftlicher Unreife zeugende Resolution war nicht von mir eingebracht, doch beweist sie dem Artikelschreiber schlagend, daß nicht allein die Opposition eine persönlich gemachte, sondern eine ehrliche allgemeine, der Stimmung der Versammlung entsprechende, war. Ich bin wahrhaftig kein Schwarzseher, der, wie angenommen, Verrat wittert, oder dem Hauptvorstand eins auswaschen möchte, sondern ich stelle mich nur auf den Standpunkt, daß ich als Mitglied meine Meinung haben darf. Diese geht dahin, daß es gar kein Fehler war, daß scharfer Widerspruch auf die Erledigung von Eschbach folgte, nach keiner Seite hin. Dagegen halte ich es für die Gewerkschaftsbewegung schädlich, wenn ein Mitglied, das seine Meinung und Empfindung zum Ausdruck bringt, auf diese Art und Weise wie hier zum Schweigen gebracht werden soll. Derartige Ausdrücke, wie „an die Wahrheit gewöhnen“ und „Kraftmeierum“ sind etwas gehässig, aber bei dem hitzigen Temperament des Kollegen Risch soll man sie entschuldigen, zumal da ich die Wahrheitsweise in der nächsten Versammlung bringe. O. Sch.

Anmerkung. Da der Kollege O. Sch. obige Richtigstellung gegen den oder die Artikelschreiber richtet, bemerken wir, daß die Erwidierung des Kollegen Risch auf die Ausführungen des Kollegen O. Sch. in No. 38 der Gr. Pr. rein persönlicher Natur war und die Sektionsleitung nur Kenntnis davon genommen hat. Wir gehen prinzipiell an dieser Stelle nicht auf diese Angelegenheit ein, da die am 15. Oktober stattfindende Vertrauensmännersitzung sich damit beschäftigen wird.

Die Sektionsleitung Leipzig (Steindrucker).

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Die Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe.

II.

Im vorigen Artikel ließ ich die Frage offen, ob eine Preiskonvention berechtigt sei. Den zwingenden Beweis ihrer Notwendigkeit an dieser Stelle zu liefern, sehe ich nicht als meine Aufgabe an. Meine Ausführungen sollen einem anderen Zwecke dienen. Es dürfte deshalb genügen, kurz die Gründe zu streifen, die den Gedanken einer Preiskonvention erstehen lassen.

In der Zeit der Gewerbefreiheit muß naturgemäß eine Schutzbestimmung für die Erzeugnisse eines Gewerbes höchst eigenartig berühren. Sehr leicht kann man da zu der Auffassung kommen, daß eine solche Preiskonvention den Ausdruck einer Mißachtung gegenüber der Gewerbeordnung vom Jahr 1869 darstelle. Noch eigenartiger wird die Geschichte durch den seltenen Umstand, daß gar die Arbeitnehmer ein Interesse an den Schutzbestimmungen für die Verkaufspreise ihrer Arbeit in sehr weitgehender Weise bekundeten.

Wie und warum kam dies? Und warum gerade nur in der Chemigraphie?

Es galt (nach den Ausführungen unserer Tarifverlecher absolut), die Schmutzkonkurrenz im jungen Gewerbe zu verhindern. Das Unkraut der Schmutzkonkurrenz setzte mit der Ausbreitung des Gewerbes ein und machte sich bald derart breit, daß es zu überwuchern anfing.

Zu einer Zeit höchster Blüte, in der die Chemigraphie sich täglich neue Absatzgebiete eroberte, täglich den alten in höchster Vervollkommnung arbeitenden graphischen Vervielfältigungsverfahren erfolgreicher entgegentrat, zu einer solchen Zeit schon trat vielfach unter den Unternehmern des Chemigraphiegewerbes ein verständnisloser Spekulationsinn zutage mit der Losung: »Arbeit um jeden Preis!« Das geschah, trotzdem die Chemigraphie den undankbarsten Aufgaben gewachsen war und durch ihre chemisch-mechanischen Hilfsmittel den langsameren und viel teureren Kunsthandwerker der Reproduktion auch ohne Schmutzkonkurrenz noch viel billiger entgegen treten konnte. Daß die Schmutzkonkurrenz so bald und so stark einsetzte, vor allem in Norddeutschland, erklärt sich wohl aus dem Umstand, daß die Unternehmer der Chemigraphie größtenteils zu viel Kaufmann, zu wenig Fachmann waren. Die photomechanische Reproduktionstechnik kann trotz allem aber doch in ihrer Wesensform des Kunstverständnisses nicht ganz entbehren. Diesem immerhin bedingten Verständnis ist der Kaufmannsinn etwas hinderlich, das mußten wir zu unserem Schaden merken. Das beweist uns der bessere Süden, wo die Anstalten fachmännisch begründet sind und in bezug auf Qualität das Renommee gewahrt wird. In Berlin dagegen dominiert vor allem der Auftragbringer, also der Vertreter. Dessen Anschauung über freien Wettbewerb giftelt in ungezügelter Konkurrenzunterbietung, und dies um so mehr, je jünger und unbekannter die Firma ist, die er vertritt. Auf diese Weise hat sich die Schmutzkonkurrenz in der Chemigraphie ausgebreitet, derart, daß sie zuletzt auf Kosten der Gehilfen ge-

trieben wurde. Die Preisunterbietung mußte auf die Verhältnisse drücken, weil die Reservearmee der Arbeitslosen derartiges begünstigte. Die Ergänzung der Arbeitnehmer durch Ueberläufer zu billigen Löhnen mußte endlich, wenn auch nicht ein direktes Sinken der Löhne herbeiführen, so doch einen Steigen derselben hinderlich sein, was eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse bedeutet. Dort, wo Schmutzkonkurrenz bestand, entstand auch die Arbeitssudelei und diese verhindert die Ausbildung, vermindert das technische Können und erhöht die Arbeitslosenziffer. Selbst in Zeiten einer Hochkonjunktur ist das Angebot größer als die Nachfrage, weil neben der Lehrlingsfrage die Ueberläuferfrage brennend ist. Die überschüssigen Kräfte aller graphischen Berufe drängen sich naturgemäß in die Chemigraphie.

Nun gibt es da keine Arbeit auf Vorrat oder Risiko, sondern nur bestellte Arbeit. Die Materialkosten sind sich überall vollständig gleich, gleich sich auch im kapitalistischen Staate die Arbeitgeber in bezug auf den Unternehmergewinn. Auf wen anders als auf den Arbeiter mußte also am stärksten und in letzter Linie die das Gewerbe schädigende Schmutzkonkurrenz wirken? Aus diesen Gründen entstand die Preiskonvention, und aus denselben Gründen fühlten sich auch unsere Tarifvertreter bewegt, die Mitwirkung an der Preiskonvention zu befürworten.

Zugegeben, daß in keinem anderen Berufe der Boden so vorbereitet war für einen Tarif mit Zwangsorganisation und Preiskonvention wie in unserem, so muß doch endlich gesagt werden, daß man sich in der Beurteilung dieser Sache, zum mindesten im Prinzipalslager, etwas versehen hat, und daß diese Frage von seiten der Bundesprinzipale nicht richtig behandelt wurde. Den Beweis dieser Behauptung werde ich im nächsten Artikel liefern.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Chemigr.). In einer am 24. September im neuen Saale des Volkshauses, den der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie eingeweiht hat, abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich die Leipziger Chemigraphen mit den Ursachen der Krisen im Bunde der chemigraphischen Anstalten Deutschlands. In großen Umrissen schilderte Kollege Köhler die bis in die achtziger und neunziger Jahre vorhandenen graphischen Verfahren. Das Streben nach Vervollkommnung, Verbilligung und Beschleunigung der Reproduktionen wuchs mit der Ausbreitung der Industrie immer mehr. Das Erkennen chemischer Vorgänge und Wirkungen kam diesen Bestrebungen zu statten und aus den dürftigen Resultaten der ersten Versuche ist die heute überall verbreitete Chemigraphie entstanden. Schnell bemächtigte sich das Kapital des neuen Reproduktionszweiges. Die Zahl der chemigraphischen Anstalten wuchs in kurzer Zeit rapid. Große Buchdruckereien und Verlagsanstalten richteten selbst chemigraphische Abteilungen ein. Die Ansprüche an ein gutes Klischee wurden größer und die Produktionskosten höher. Die sich immer mehr ausbreitende Konkurrenz machte die Erfüllung der Lebensbedingungen für die einzelnen Firmen schwerer und aus dem wüsten Konkurrenzkampf sproßte die duftige Blüte der Schmutzkonkurrenz. Als unausbleibliche Folge des Unterbietens der Preise stellte sich ein Druck auf die Löhne ein, begleitet von einer Steigerung der Intensität der Arbeitskraft. Massenausbeutung von Lehrlingen, Heranziehen billiger Arbeitskräfte in Form von Ueberläufern aus allen Berufen und eine fragwürdige Qualität der Produkte waren traurige Nebenerscheinungen bei diesem Wettrennen. Höchste Zeit wurde es, daß durch die Gehilfen dem haltlosen, berufsschädlichen Treiben Einhalt geboten wurde. Und da auf beiden Seiten große Schmerzen vorhanden waren, kam es im Jahre 1903 zum Abschluß eines Tarifes mit Preiskonvention. Die Jahre 1903 und 1904 standen im Zeichen aufsteigender Konjunktur, ein Umstand, der ohne Zweifel günstig für die Einführung des Tarifes und die Anerkennung der Preiskonvention war. Doch bald zeigte sich, daß nicht nur in einer Hinsicht die Konvention das Schmerzenskind der Tarifgemeinschaft werden sollte. Einerseits wurde durch Stimmen aus Gehilfenkreisen der Wert der Preiskonvention in Frage gezogen, während andererseits die offenen und versteckten Klagen aus Prinzipalskreisen wegen Umgehens der Konvention nicht abriessen. Hierauf bauend versuchten bei Ablauf des Tarifes Labisch und Genossen Bresche in die Tarifgemeinschaft zu legen. Nicht zum wenigsten durch das feste Zusammenstehen und schnelle Handeln der Gehilfen wurde der Plan vereitelt. Obwohl nun 1908 der Tarif auf alter Grundlage erneuert wurde, war eine Antipathie gegen ihn in gewissen Prinzipalskreisen unverkennbar vorhanden. Wegen der Preiskonvention standen sich große und kleine Firmen sowie rein chemigraphische Betriebe und solche, wo die Chemigraphie Nebenbetrieb ist, gegenüber. In den meisten Fällen aber bemäntelte man mit den Vorstößen gegen die Preiskonvention nur die Abneigung gegen den ganzen Tarif. Anders kann auch das von bestimmter Seite ausgehende Rufen nach einem Schutzverband nicht verstanden werden. Aus denselben Motiven entstand die Klage über den passiven Widerstand der deutschen Gehilfen und der Hinweis auf die größere Produktivität des amerikanische-

Arbeiters. Das Steigen der Kupferpreise in Amerika, die Einführung des amerikanischen Postkartenzolls üben ihren Einfluß gleichfalls auf die Stellungnahme der Prinzipale zum Tarif aus, ebenso die Schmutzkonkurrenz der außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Anstalten. Dazu kommt als günstiger Nährboden für die Antitarifbestrebungen die immer noch herrschende Krise. Und so war an der Erklärung der 4 Münchener Firmen nur das Eine überraschend, daß sie von einer Seite kam, wo sie am wenigsten erwartet wurde. Nach dem, was nun bis jetzt von der Bundesversammlung zu erfahren gewesen ist, kann man die drohende Gefahr als beseitigt betrachten. Die Preiskonvention ist in verschärfter Form wieder angenommen worden. Aus Zeitungsmeldungen geht hervor, daß Prüfer, Bücherkontrolleure angestellt werden sollen, daß jedes Bundesmitglied verpflichtet ist, zu seiner Kenntnis kommende Verstöße gegen die Konvention zur Anzeige zu bringen, und daß hohe Strafen, eventl. Ausschluß für Umgehung der Konvention verhängt werden. Daß die Differenzen auf diese Weise beigelegt sind, ist auch für uns erfreulich. Wäre es jedoch zum Kampfe gekommen, so hätten wir dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft zeigen wollen, daß die Chemigraphen nicht mit sich Fangball spielen lassen, daß trotz des Tarifes auch unter ihnen der gewerkschaftliche Geist in unverminderter Stärke fortpflanzt. Auch jetzt gilt es noch, Gewehr bei Fuß zu stehen, um, wenn die eingekerkerte Ruhe nur eine vorläufige sein sollte, neue Vorgänge innerhalb der Tarifgemeinschaft gerüstet zu erwarten. — Unter Verschiedenem wurde das Vorgehen eines Leipziger Bundesprinzipals in Sachen der Firma Teubner beleuchtet und erwartet, daß hier Zeit und Erfahrung in Tarifsachen manche Ecke beseitigen werden. Die Firma Teubner hat ihre Rausreiber auf die Strafe gesetzt. Die Ergänzung ihres Personals gelang ihr trotz großer Anstrengungen nicht und mit dem vorhandenen konnte sie nichts anfangen. — Die Firma Ohlenrot hat jetzt erklärt, daß für sie zurzeit keine Veranlassung bestünde, dem Bunde der chemigraphischen Anstalten Deutschlands wieder beizutreten, da dieser nicht in der Lage sei, die Konvention durchzuführen. Mit den Vorgängen in Erfurt in Beziehung gebracht ist diese Erklärung äußerst beachtenswert. — Bei Stengel & Co. in Dresden scheint etwas vorzugehen, da die dort beschäftigten Auchkollegen Anschluß an den Verband suchen. — Mit einer Aufforderung, tüchtig an der Photographenagitation mitzuarbeiten, wurde die Versammlung, die mit ihrem Besuche und ihrem Geiste ihrer Vorgängerin würdig zur Seite stand, geschlossen.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstrecher, Tapeten-, Leinwand-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schubarth, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

„Tiag“-Manöver.

Als seinerzeit die Tiag (Tapeten-Industrie-Aktiengesellschaft) gegründet wurde, waren sich die Kundigen sofort darüber klar, daß nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Produzenten die Macht dieser Unternehmervereinigung zu spüren bekommen würden. Wenn die Befürchtungen bisher noch nicht in vollem Umfang eingetreten sind, so hat dies nur daran gelegen, daß es den Machern noch nicht gelungen war, alle Tapetenfabriken unter einen Hut zu bringen. Beinahe 2 Jahre dauerte der Kampf der beiden Unternehmer-Organisationen, der Tapetenindustrie-Aktiengesellschaft und dem Verein deutscher Tapetenfabrikanten, bis endlich die Einigung Anfang Juni dieses Jahres erfolgte. Nunmehr kann an die gemeinsame Schröpfung der Tapetenverbraucher und an die verstärkte Ausbeutung der Tapetenarbeiter mit vereinten Kräften herangetreten werden. Das erstere geschieht durch die abgeschlossene Preiskonvention und das letztere wird unzweifelhaft bereits vorbereitet durch die in allen Fabriken der Tiag vorgenommene Feststellung der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Arbeiters.

Seit Anfang Juni sind in allen Tiag-Fabriken neue Kontrollscheine eingeführt worden, in welche die Arbeiter eintragen müssen — nach Minuten berechnet, — wie lange sie zu jeder einzelnen Arbeit gebraucht haben. Hierbei wird dann auch gleich festgestellt, wieviel Abfall gemacht wurde. Auf einem gelben Formular, welches, wie eine Rundfrage ergeben hat, in allen der Tiag angeschlossenen Fabriken dasselbe ist und von Berlin gesandt worden sein soll, muß der Arbeiter eintragen: Dessin-No., Zahl der bestellten und der angefertigten Rollen, letztere in fehlerfreie und fehlerhafte getrennt, sowie die Länge derselben; Zahl der Farben; Name des Druckers und der Rollerin; No. der Maschine und — was jedenfalls das Wichtigste sein wird — die Länge der gesamten Arbeitszeit, sowie der Druck- und der Abschlagszeit. Hierbei entstehen jetzt schon Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben. Für jede Kommission wird ein besonderer Zettel ausgegeben und die Zeit der einzelnen Arbeiten wird nach Minuten berechnet. Am Schluß des Tages sollen 10 Stunden herauskommen, es soll aber keine andre Arbeit verzeichnet werden, als Druck- und

Abschlagszeit. Wenn nun ein Arbeiter das Pech hat, daß er bei einem neuen Auftrag sein Muster erst längere Zeit suchen muß, was bei der großen Zahl derselben mitunter ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen kann, oder wenn er eine sonstige Abhaltung hat, so weiß er natürlich nicht, wo er diese Zeit verrechnen soll, auf dem gelben Schein darf er sie nicht einmal eintragen, aber 10 Stunden sollen auf dem Schein verrechnet sein. Da ergibt sich denn jetzt schon sehr oft Aerger und Streit für den einzelnen Arbeiter. Diese gelben Kontrollscheine werden dann von einem Buchhalter eingesammelt und das Ergebnis derselben wird auf ein andres Formular, welches wiederum von der Tiag geliefert sein soll, übertragen, und zwar wochenweise für jeden Arbeiter besonders. Die Wochenresultate werden dann nach Berlin an das Bureau der Tiag abgesandt.

Da nun der einzelne Drucker am Tage unter Umständen 10 und noch mehr Kommissionen fertig machen kann, so hat der Angestellte, der die Zusammenstellung macht, eine ganz nette Portion Arbeit im Dienste der Tiag zu verrichten. Nun müssen aber die wöchentlichen Sendungen aus allen Fabriken in Berlin auch noch geordnet und verarbeitet werden, es entstehen demnach nicht unerhebliche Kosten durch diese Aufnahme: Es muß daher angenommen werden, daß ganz bestimmte Absichten dahinter stecken: denn nur um statistische Spielereien zu betreiben, bringt kein Fabrikant diese Opfer. Daß diese Arbeit nur deshalb gemacht wird, um die Herstellungskosten der einzelnen Dessins ganz genau zu berechnen und danach die Preise festzusetzen, ist mehr als unwahrscheinlich. Zunächst hat man dies früher nicht nötig gehabt, und die Tapeten-Industrie hat doch schon immer sehr gute Organisationen besessen, sodann wären aber auch die Zahl der einzelnen Arbeiter, die Zahl der fehlerhaften Rollen, das Gewicht des Abfalls usw. nicht nötig, denn dies sind doch keine feststehenden Größen, sondern stetem Wechsel unterworfen. Außerdem werden aber auch nicht die Scheine nach der Arbeit, sondern nach dem Arbeiter geordnet. Dieselbe Arbeit wird doch von mehreren Arbeitern fertiggestellt, die Scheine müßten demnach folgerichtig nach der Dessin-Nummer zusammengestellt werden. Dies geschieht aber nicht, die Scheine werden nach dem Namen der Arbeiter zusammengestellt, die Kommission wird demnach zerrissen und bruchstückweise gesammelt. Aus alledem geht klar und deutlich hervor, daß es sich nur um eine Kontrolle der Arbeiter handeln kann. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist zu schließen, daß sich das Bureau der Tiag in Berlin zu einem schwarzen Kabinett entwickeln will. Durch das Einsammeln und Weiterverarbeiten der Wochenberichte wird eine ganz neue Liste aller in der Tapetenindustrie tätigen Drucker usw. angelegt. Die Namen werden hier festgelegt, die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen wird auf Grund der Wochenberichte geprüft, und es bedarf nur noch vertraulicher Mitteilung über die Gesinnung des Arbeiters, und die Steckbriefe sind fertig. Hierdurch haben es die Unternehmer dann in der Hand, alle diejenigen Arbeiter, mit deren Leistungen sie nicht ganz zufrieden sind oder deren Gesinnung ihnen nicht paßt, auszumerken, aus der Tapeten-Industrie gänzlich zu entfernen. Heute haben wir es schon zu verzeichnen, daß für dieselbe Arbeit die verschiedensten Löhne bezahlt werden, später wird dies noch mehr der Fall sein, da das nach Meinung der Fabrikanten der beste Weg ist, um die Arbeiter zu entzweien. Als Beweis dafür sei nur ein Beispiel angeführt, wie in einer Fabrik die Löhne für dieselbe Arbeit verschieden sind. Eine Tapetenfabrik in Krefeld beschäftigt zurzeit 10 Leimdrucker, sie bezahlt an diese folgende Löhne: 27, 20, 25, 21 1/2, 21 und 16 Mk. pro Woche. Es haben also 10 Drucker sieben verschiedene Wochenlöhne, welche von 16 bis 27 Mk. variieren.

Daß unter diesen Umständen die Frage nach dem Zweck des Tiag-Manövers für alle Tapetenarbeiter brennend ist, bedarf dringend keines Beweises. Unter allen Umständen ist aber dringend notwendig, daß die Tapetenarbeiter zum Kampfe rüsten, denn schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum stehen ihnen bevor. Nur die Organisation, nur der feste Zusammenschluß im Verband wird es möglich machen, daß sie aus diesen Kämpfen mit Ehren hervorgehen. Gerade das Beispiel der Unternehmer sollte den Arbeitern zeigen, wie sie es zu machen haben, aber — leider — je fester sich die Unternehmer in der Tapetenindustrie zusammenschließen, desto abgeneigter zeigen sich die Arbeiter gegen ihre Organisation. Die höchste Zeit ist es, daß sich die Tapetenarbeiter ihrer Lage bewußt werden und sich organisieren, ehe es zu spät ist.

Aus dem „Proletarier“.

Aus den Sektionen.

Bramsche. Zur Situation des Streikes in der Tapetenfabrik ist Neues nicht mitzuteilen. Die Haltung der Kollegen ist nach wie vor gut, wenn auch die „Osnabrücker Zeitung“ in ihrer Nummer vom 7. Oktober den Streikenden eins auszuwichen versucht, indem man ihnen nachredet, daß sie an dem Streik ganz unbeteiligte Geschäftsleute zu boykottieren anstreben. Aber daß von einer gewissen Seite daraufhin gearbeitet worden ist, daß der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes brotlos gemacht werden sollte, verschweigt die edle Osnabrückerin. Glücklicher-

weise ist das Vorhaben, den Kollegen dem Hunger zu überweisen, ein frommer Wunsch geblieben. Mit welcher Verve die hiesige Firma auftritt, beweist folgender Vorgang. Kollege Schubarth wurde vorige Woche vorstellig, um die Rücknahme der schwarzen Listen zu bewirken. Erreicht hat er nichts, aber die Bildung der beiden Herren Rasch hat sich bei dieser Gelegenheit im hellsten Lichte gezeigt. Auf das Ersuchen, doch die Formstecher der schwarzen Liste zu nehmen, hieß es: „Halten Sie den Rand! Machen Sie, daß sie rauskommen! Machen Sie Formen!“ usw. Wenn die Firma auf diese Weise Erfolg zu haben glaubt, dann unterschätzt sie die Solidarität der Arbeiterschaft ganz gewaltig.

Braunschweig. Endlich sind auch die Braunschweiger Formstecher wieder einmal aus ihrem jahrelangen gewerkschaftlichen Schlummer erwacht. Obgleich von unserer Verbandsleitung schon seit dem Anschluß der Formstecher alles aufgegeben worden war, die dem Verbandsleben völlig teilnahmslos gegenüberstehenden Gehilfen wieder für die Organisation zu gewinnen, blieben doch alle diesbezüglichen Versuche ohne nennenswerte Erfolge. Dieses sollte in einer am 18. September tagenden, gegen alles Erwarten sehr gut besuchten Formstecher-Versammlung anders werden. Der Grund hierfür war jedenfalls die Tatsache, daß sich eine Anzahl unorganisierter Formstecher der Firma Siegmund in Anbetracht der sich stets noch steigenden Teuerung und wohl auch unter Berücksichtigung ihrer nicht gerade als horrend zu bezeichnenden Entlohnung erlaubt hatten, um eine Lohnerhöhung anzuhalten, worauf sie denn auch vom Prinzipal ein paar — schöne Redensarten, aber keine Zulage bekamen. Die Besprechung der gegenwärtigen Verhältnisse im Formstecherberuf im allgemeinen, mit besonderer Würdigung der örtlichen Verhältnisse, zeitigte, daß sämtliche Diskussions-Redner erklärten, in der bisherigen Weise könne es nicht weitergehen, eine Verbesserung der Lage lasse sich nur durch den Zusammenschluß aller Berufskollegen im Verband der Lithographen, Steindruckers u. v. w. Berufe erhoffen. Alle anwesenden Kollegen erklärten daraufhin sofort ihren Beitritt zum Verband, so daß wir jetzt wieder fast vollzählig geschlossen zusammenstehen, um Schulter an Schulter mit unseren übrigen deutschen Kollegen für eine wirksame Verbesserung unserer Berufsverhältnisse einzutreten.

Leipzig-Zweufurth. Der Streik der Wachtendrucker geht unverändert weiter. Die Firma sucht in ihrer Teplitzter Zweigniederlassung Arbeitskräfte für hier zu gewinnen und gibt sich auch sonst Mühe, die verlassen Räume wieder zu bevölkern. Bisher ohne Erfolg! Selbstverständlich werden wir alles tun, um Zuzug zu verhindern. Dazu brauchen wir aber die Hilfe der Kollegen. So fand denn auch mit Hilfe der österreichischen Union der Textilarbeiter eine Versammlung in Teplitz statt, in welcher es nach den Referaten der Kollegen Herbst und Weykopf zu einer spontanen Bekundung internationaler Interessensolidarität kam. Die geradezu glänzend besuchte Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution: „Die am 6. Oktober im Restaurant Wilhelmstal, von der gesamten Arbeiterschaft der Firma Alexander Schumann in Teplitz Thurn besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Redner vollkommen einverstanden, begrüßt die im Streik stehenden Arbeiter der Brudersfabrik von Alexander Schumann in Zweufurth bei Leipzig und verspricht, den Kampf der Zweufurth Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Die Versammlung erklärt, in diesem Kampfe den Leipziger Kollegen strengste Solidarität zu bewahren und keine wie immer geartete Streikarbeit zu verrichten.“ Damit ist der Import von Streikbrechern abgeschnitten. Aber auch die Aussichten der Firma, hiesige Arbeiten in Teplitz machen lassen zu können, sind nun recht gering. Es bedarf gar nicht viel, um auch dort die Bewegung aktiv werden zu lassen. Jedenfalls sind die dortigen Arbeiter die letzten, die uns in den Rücken fallen würden. Der ganze Vorgang zeigt uns aber den Wert internationaler Beziehungen mit Arbeitern aller Organisationen und Berufe. Die Grenzpfähle sind uns nicht hinderlich.

Feuilleton.

Nach Amerika.

Reisebriefe.
(Schluß).

26. VIII. 09.

Schon seit ein paar Stunden brüllt das Nebelhorn. Der gefährlichste Feind der Schifffahrt hat sich eingestellt. Zum Glück ist er nicht allzu dicht. Bis jetzt hat das Schiff noch nicht nötig, seine Geschwindigkeit zu verringern und die Schiffsoffiziere befanden zuversichtlich, daß wir, wenn nichts außergewöhnliches eintritt, am Sonntag Nachmittag in New-York eintreffen werden.

Man sollte es kaum annehmen und doch soll es zutreffen, daß es vielfach nicht möglich ist, eine bei der Abfahrt eingetretene mehrstündige Verspätung während der achtstündigen Fahrt wieder einzuholen. Wir sind mit zweistündiger Verspätung von Bremerhaven abgefahren und anfänglich hieß es,

daß es unwahrscheinlich sei, diese Verspätung auf der 3582 Seemeilen langen Fahrt auszugleichen. Es ist aber doch gelungen. 442 Seemeilen soll das Schiff pro Tag zurücklegen, es sind aber jeden Tag einige mehr geworden. Vom Montag zum Dienstag ließen wir 452, von Dienstag zu Mittwoch 454 und von da bis heute 462 Seemeilen hinter uns.

Der Nebel ist auf der See nicht nur ein gefährlicher, sondern auch ein langweiliger Geselle. Er ist in stände, jede Stimmung zu ersticken, alles grau in grau. Alles ist feucht und naß. Seine Gefährlichkeit wird allerdings für die großen Schiffe durch die drahtlose Telegraphie bedeutend vermindert, da fast alle Marconi-Stationen hier hartnäckig Maccaroni-Stationen genannt an Bord haben, die ermöglichen, daß sich die Schiffe gegenseitig verständigen. Wir haben unterwegs beständig Fühlung mit einer Anzahl Schiffen und dem Festlande gehabt und die täglich in beschränkter Anzahl erscheinende Schiffszeitung bringt telegraphische Berichte über die wichtigsten Vorkommnisse auf dem Festlande.

Es gibt heute viel verdrießliche Gesichter. Eine ganze Anzahl der Reisenden läuft ununterbrochen im Gänsemarsch, als könnten sie dadurch unsere Ankunft in New-York beschleunigen. Wahrscheinlich wollen sie der einschläfernden Wirkung des Nebels entrinnen, vielleicht wollen sie sich warm-laufen.

Die liebe Jugend ist aber, die allem gute Seiten abgewinnt. Sie inszeniert Ringkämpfe und zieht dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die drohenden Szenen geben viel Stoff zum Lachen. Die Belohnung bleibt nicht aus. Viele Passagiere — namentlich der ersten Klasse — werfen kleine Geldmünzen unter die Kinder. Natürlich verändert das das Bild und das fröhliche Ringen wird zu einem Kampf um schnöden Mammon.

27. VIII. 09.

Gestern hat uns die Sirene in den Schlaf gegungen, das Nebelhorn weckt uns heute. Wieder Nebel. Der Wind reißt ab und zu Löcher hinein und allmählich wird er dünner.

In ziemlicher Entfernung sehen wir einen Dreimaster liegen, der keinen Fetzen Leinwand aufgespannt hat. Anscheinend liegt er auf hoher See vor Anker, was zu allerlei Erörterungen Veranlassung gibt. Das Rätsel wird nach einiger Zeit gelöst. Wir sehen ein kleines Ruderboot, in dem zwei Mann sitzen. Unser Schiff fährt kaum 100 m davon entfernt vorbei. Sie fischen. Der Boden des Bootes ist mit Beute dicht bedeckt. Das Winken vom Schiff aus erwidern sie, indem sie, in Ermangelung von Tüchern ein paar der Meeresbewohner beim Schwanz in die Höhe heben und damit winken. Die See ging nicht hoch. Trotzdem verschwand regelmäßig das Boot völlig, wenn es zwischen den Wellen lag, um hoch aufgeschaukelt zu werden, wenn es die Wellen erfaßte. Anscheinend unterschätzten wir bis dahin die Höhe der Wogen.

Der Nebel wird wieder dichter. Ich liege auf meinem Deckstuhl und denke an gar nichts. Eine angenehme Beschäftigung. Leider werde ich darin gestört durch d. s. Bestreben anderer Reisenden, die eifrig bemüht sind, sich allmählich auf Amerika einzurichten. One, two, three; one, two, three — Nach einer Viertelstunde drehe ich mich nach dem Störenfried um. Ich bin baff. Es ist Carl. Er lernt englisch!! Laß das sein, sage ich, soweit kann ich es schon. Aber wer hätte das gedacht, der Streber lernt wirklich weiter, und er hat es tatsächlich bis zu six gebracht. Nu' kann uns nix g'scheg'n.

28. VIII. 09.

Endlich einmal ein Sonnenaufgang. Diese Stunde hätte allein die Seereise lohnend gemacht. Wie die Sonne am Horizont aufstieg und immer reicher und reicher das ewig bewegte Meer mit flimmerndem Gold bestreute, es zwang zur Andacht. Die Wenigen, die an Bord standen, sie sagten kein Wort. Sie schauten und schauten —

Das Meer ist immer schön. Aber am schönsten ist es, wenn das Licht mit den Wellen spielt. Dieses Flimmern und Glitzern. Wenn die Wolken-schatten neckisch über die blendende Fläche huschen, rasch vertrieben vom siegreichen Licht, es ist wunderbar schön.

Leider hatten wir wenig sonnige Stunden. Meist war der Himmel bedeckt und das Wasser erschien schwarz rings um uns her. Schwarz wie Tinte.

Ich habe mich immer gewundert, warum der Norddeutsche Lloyd auf seinen Plakaten seine stolzen Schiffe in so dunklem, undurchsichtigen Wasser herumschwimmen läßt. Es schien mir unnatürlich und doch, der atlantische Ozean ist bei bedecktem Himmel schwarz wie Tinte. Man kommt in Versuchung, daraus zu schöpfen, um nachzusehen, ob es wirklich klares Wasser ist. Eine andere Färbung verursacht fast allein die Bewegung des Schiffes. Der hochaufspritzende Gischt legt sich, einem großen weißen Schleier vergleichbar, an dem unzählige, unsichtbare Hände zerrn, die ihn in Atome zerreißen und in die Tiefe hinab ziehen, um das Schiff herum. Ähnlich dort, wo die Schiffs-schrauben wirbeln.

Nur wenn es dunstig ist, verliert sich der Blick in der Ferne. Wasser und Luft verschwimmen und vermischen sich dann und sie scheinen ineinander überzugehen.

Im übrigen zeichnet sich das Wasser scharf vom Himmel ab. Die Linie am Horizont ist sogar, weil sie unbewegt scheint, viel schwärzer als das übrige Wasser.

Mitunter ist die See ziemlich bewegt, ohne daß die Wasserberge sich überschlagen; sie sinken ruhig in sich zusammen. Dann wieder sind die Wogen kleiner, aber sämtlich mit weißem Schaum gekrönt. Auch die fischschwarze Linie, die den Horizont umsäumt, erscheint dabei durchbrochen, gleicht als schwämmen tausende und abertausende weißer Wasservögel lustig darin herum. Scheint dann die Sonne, dann sieht das Auge unzählige Regenbogen. In jeder sich überschlagenden Woge brechen sich die Sonnenstrahlen und zaubern bunte-farbene Bilder hervor.

Der scharf von der Luft sich abhebende schwarze Wasserrand verbietet eigentlich auch, von der Unermeßlichkeit des Blickes zu reden. Im Gegenteil. Es sieht aus, als schwämme das Schiff auf einer großen Wasserscheibe, die zu Fuß bequem in höchstens einer Stunde durchquert werden kann. Nur dort, wo das Sonnenlicht das Wasser trifft, verschwindet die schwarze, naheliegende Umrahmung und auf dieser Sonnenstraße schweift dann das Auge in unerreichte Fernen.

Einmal hatten wir einen schönen Sonnenuntergang. Aber der glühende Sonnenball und die brennenden Wolkenketzen vermochten dem Wasser keine andere Färbung zu geben. Schwarz hob es sich ab vom leuchtenden Himmel.

Mondschein hatten wir wiederholt. An solchen Abenden müßte eigentlich das zu Bett gehen verboten werden. Das ruhige Mondlicht mit seinem bläulichen Widerschein, an dessen zerfließenden Rändern Milliarden von Funken, wie unzählige Johanniskäfer, auftauchten, übt einen eigentümlichen Zauber aus.

Auffällig ist, wie wenig Schiffen wir begegnen. Fast immer sind wir einsam und alleine. Auch die Möven, die uns früher in unzähligen Mengen folgten, sind längst, längst zurückgefliegen. Trotzdem sehen wir ab und zu Vögel, die sich aber nicht im geringsten um uns kümmern. Welcher Art sie sind, weiß ich nicht. Mit lebhaftem Jubel begrüßt namentlich das kleine Volk an Bord die Tümler, kleine Delphine, die öfter lange Zeit das Schiff begleiten und es dabei so eilig haben, daß sie die Wellen geradezu durchschließen. Sie hängen mitunter förmlich in der Luft. Heute begleiteten uns auch auf kurze Zeit zwei kleine Wale.

29. VIII. 09.

Die Schreiberei war heute zunächst mit Schwierigkeiten verknüpft. Im Rauchsalon war die Schreib-tische besetzt, im Damensalon war zwar Platz, aber kein Federhalter auf den Tischen. Auf einem lag ein Kamm, leider ein zum Schreiben ganz untaugliches Exemplar.

Wahrscheinlich ist es ein Ueberbleibsel des gestrigen Balles. Ball? Jawohl, Ball! Es war Ball an Bord. Ein bisschen eng, aber sehr gemütlich und als die Polizeistunde herangerückt war sind wir nur ungerne nach Hause gegangen. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, weil ich nicht weiß, ob meine Frau diese Reisebriefe zu lesen bekommt. Das heißt, ich erzähle ihr das lieber.

Heute sollen wir in New-York ankommen. Alles packt.

Eigentlich ist es undankbar, daß wir uns freuen, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, denn die Fahrt auf unserem George Washington war wirklich wunderschön. Mit der Zeit haben wir ganz vergessen, daß wir uns auf einem Schiff befinden, so stolz gleitet es dahin. Seine Geschwindigkeit ist immer größer geworden. Vom Freitag zum Sonnabend sind wir 471 Seemeilen gefahren. Am Donnerstag zu Mittag waren wir genau südlich von der Südspitze Grönlands, am Freitag Mittag südlich der Südspitze von New-Foundland, Sonnabend Mittag südwärts von Halifax.

Es wird Mittag. Die Decks bevölkern sich und die Spannung steigt, weil bald Land in Sicht kommen soll. Da legt sich wieder Nebel auf das Wasser.

Land!!
Zwar nur ein ganz undeutlicher dunklerer Fleck im Nebel. Aber es ist Land und zwar die New-York vorgelagerte Insel Long-Island. Es ist 2 Uhr 45 Minuten, in Europa ist es 8 Uhr. Allmählich fährt das Schiff langsamer. Der Lotse kommt 3 Uhr 10 Minuten an Bord und noch einmal geht es rasch vorwärts. Endlich gelingt es der Sonne, den Nebel zu zerjagen und vor uns liegt im Lichte glänzend die Küste. An Long-Island gleiten wir vorüber, das Häusermeer Brooklyns tritt deutlicher und deutlicher hervor, wir kommen in das Hafengebiet New-Yorks. Starke Festungswerke sperren den Eingang, sie lassen unser friedliches Schiff friedlich vorüberziehen.

Inzwischen sind wir an zahllosen Schiffen vorbeigekommen, immer dichter bevölkern sie das große Hafenbecken.
Jetzt grüßt auch die Statue der Freiheit mit hochgehobener Fackel uns ihren Willkommengruß zu. Noch haben wir von New-York nichts gesehen. Aber nach einer Veränderung des Kurses tauchen sie auf, die mächtigen Wolkenkratzer, die anscheinend auf der am weitesten vorgeschobenen Landspitze am dichtesten stehen. Ein imposanter Anblick. Wie

eine riesige Burg, mit starken weit ins Land schauenden Türmen.

In kaum merklicher Fahrt nähern wir uns der Stadt.

Das Schiff ändert wieder seinen Kurs. Es dreht und langsam fahren wir ein in die Docks von Hoboken.

Kollege Trompeter, den älteren unserer Mitglieder als wackerer Kämpfer für den Verband und die Partei bekannt, heißt uns in der neuen Welt willkommen.
Hermann Müller.

Eingänge.

Arbeiter-Jugend. No. 18, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Jugend auf dem Parteitage. — Schnapsboykott. — Was mich denken lehrte. Von Paul Rudolf. — Affe und Mensch. Von M. H. Baeg. — Gespensterglaube und Totenkult. Von G. Eckstein. — Leidenschronik des Lehrlings. — Aus der Jugendbewegung. Vom Kriegsschauplatz usw. Beilage: Am Strick. Gedicht von Ludwig Lessen. — Die Spitzin. Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach. — Vom Lesen. — Der Hofpoet. Gedicht von H. Thurow. — Ein Held. Von Edgar Hahnwald. — Bücher für die Jugend. — Dort wie hier. Gedicht von Hoffmann von Fallersleben.

Führer durch das preußische Einkommensteuer-Gesetz. Vom Arbeitsekretär Rud. Wissell. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 78 Seiten 16h. Preis 30 Pf.

Dieses Heftchen wird allen preußischen Steuerzahlern sehr willkommen sein. In allen verzwickten Fragen der preußischen Einkommensteuergesetzgebung gibt es Rat und Auskunft. Seit zwei Jahren sind die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten soweit es unter 3000 Mark beträgt — anzugeben. Das zwingt viele Arbeiter zu Reklamationen, weil sehr oft außerordentliche Gründe vorhanden sind, die zum Verlangen einer Steuerherabsetzung berechtigen. Welche besonderen Umstände solche Reklamationen ermöglichen und alles nähere über die Form der dazu nötigen Eingaben kann man aus dem Führer ersehen. Die abgedruckten Musterbeispiele für Steuerreklamationen und Eingaben aller Art werden bei diesen Gelegenheiten gute Dienste leisten.

Die Berufsverhältnisse im Kartographie-gewerbe Deutschlands. Verlag der Zentral-kommission der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner Deutschlands (Hermann Müller, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 IV). 32 Seiten 8°. Eine ausführliche Besprechung dieser trefflichen Werbeschrift wird demnächst im Spartenteil erfolgen.

Verzeichnis der Bücherei der Berliner Filialen des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe. Berlin 1909. 104 Seiten 8°, Preis 20 Pf.

In einem stattlichen Bändchen von mehr als 100 Seiten übergibt der Bildungsausschuß der Berliner Verbandsfilialen das Bücherverzeichnis der Berliner Verbandsbibliothek der Öffentlichkeit. Die mehr als 1000 Bände sind übersichtlich registriert. Ein gutes Inhalts-Verzeichnis erleichtert den Ueberblick. Möchte das gut ausgestattete Buch mit seiner geschmackvollen Umschlagzeichnung der Büchersammlung der Berliner Filialen neue Freunde werben, das Lesebedürfnis anregen und steigern und damit ein Mittel zur Förderung der Bildungsarbeit in unseren Kollegenkreisen sein.

Graphische Werkstätten. Herausgegeben und redigiert von Albert Knab, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 91, No. 1, 1. Jahrg. Oktober 1909.

Von dieser bereits in No. 40 durch einen längeren Artikel im Lithographenteil angekündigten neuen Fachzeitschrift ist inzwischen die erste Nummer erschienen. Sie überrascht durch ihre geschmackvolle Ausstattung, Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit und hält durchaus das, was in der Ankündigung versprochen wurde. Wir empfehlen sie unseren zeichnerisch tätigen Kollegen angelegentlich zum Abonnement, das für Verbandsmitglieder 1 Mk. statt 2 Mk. monatlich inklusive Porto beträgt.

Die Brandschutzung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland. Von J. Karski. Leipzig 1909, Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. 90 Seiten 8a, Preis 50 Pf.

Der Verfasser schreibt im Vorwort: »In den Reden der parlamentarischen Vertreter des Proletariats und in der Presse haben diese Praktiken der Lebensmittelverteurer und Liebesgabenempfänger stets die gebührende Beleuchtung erhalten, aber es fehlt eine zusammenfassende Darstellung. Diese soll die vorstehende Schrift geben, sie soll schildern, wie heute das Volk in Deutschland durch indirekte Steuern gebrandschatzt wird, nicht nur zugunsten des Staates, sondern auch zugunsten der Junker und der Kapitalisten.« Diese gestellte Aufgabe erfüllt das Buch im vollsten Maße, weshalb wir mit dem Verfasser wünschen können: »Aus den Aufgaben des Kampfes geboren, möge das Büchlein im Kampfe guten Dienst tun.«